

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

10.7.1930 (No. 187)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Wälder für den Familienkreis, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Illustrierte Liebesbeilage, Illustrierte Woche, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21
Fernspr. Geschäftsstelle 6236, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckerei: Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenblatt 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg., die 3 gesp. 27 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwingender Einziehung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 187 10 Seiten

Karlsruhe, Donnerstag, den 10. Juli 1930

68. Jahrgang

Die Vorschläge der Reichsregierung

Regelung des Höchstbetrages der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung — Einführung einer Gemeindebürgerabgabe

Vor einer Verständigung mit der Volkspartei?

Dr. Sch. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtber.)

Auf der Suche nach einer Verständigung unter den Regierungsparteien über die Deckungsgeleise geht es merklich dem Ziel entgegen. Die Forderungen, die der Führer der Deutschen Volkspartei gestern abend dem Reichsfanzler mitgeteilt hat, dürften keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten.

Bei dieser Gelegenheit hat nun der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz dem Reichsfanzler mehrere Forderungen seiner Partei vorgebracht. Einmal verlangt die Deutsche Volkspartei eine Änderung des Artikels 163 der Arbeitslosenversicherung, der die unbegrenzte Lebenspflicht des Reiches an die Arbeitslosenversicherung vorseht. Nach den Wünschen der Deutschen Volkspartei soll festgelegt werden, daß das Reich zwar einen größeren, aber genau bezifferten Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung zu leisten hat. Weitere Wünsche der Deutschen Volkspartei beziehen sich auf erhöhte Etatsstreichungen, um auf diese Weise zu einer Beilegung des fünfprozentigen Einkommensteuerschulds zu kommen. Schließlich hat man eine Senkung der Ueberweisungen des Reiches an die Länder und als Ersatz für den dadurch entstehenden Ausfall die Einführungen einer obligatorischen Gemeindefiskalsteuer in Aussicht genommen. Die beiden letzten Forderungen der Deutschen Volkspartei werden, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, keine Schwierigkeiten herbeiführen weil von vorn herein feststeht, daß der fünfprozentige Einkommensteuerschuld nicht fallen wird und weil es wie der Reichsfinanzminister in seiner letzten Reichstagsrede erklärt hat, nicht mehr möglich ist noch wesentliche Summen am Etat zu streichen. Darüber hinaus hat die Reichsregierung in der Frage der Einführung einer beweglichen Gemeindesteuer ähnliche Absichten wie die Deutsche Volkspartei.

Wie wir hören hat die Reichsregierung aufgrund ihrer Beipredung mit den Parteiführern Vorschläge ausgearbeitet und den Fraktionen zugestellt, die die Wünsche der Deutschen Volkspartei berücksichtigen. Es soll also zunächst das bisherige Regierungsprogramm verabschiedet werden. Darüber hinaus wird sich die Reichsregierung mit einer entsprechenden Regelung der Arbeitslosenversicherung und der Kopfsteuerfrage entsprechend ihren Ergänzungsvorschlägen einverstanden erklären, wenn sie im Reichstag eine Mehrheit finden sollte.

Bei den Vorschlägen, die die Reichsregierung im einzelnen gemacht hat, handelt es sich um folgendes:

1. Einführung der Worte „mindestens 100 Millionen“ in die Ermächtigung der Reichsregierung zu Etatsabschlüssen.
2. Bestimmung, daß der Höchstbetrag der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung vom 1. April 1931 an jedes Mal im Reichshaushaltgesetz festgelegt werden muß.
3. Einführung einer Gemeindebürgerabgabe.
4. Verpflichtung der Fraktionen, alle Deckungsvorschläge der Reichsregierung und ihre Ergänzungsvorschläge ohne Änderung anzunehmen.
5. Die übrigen Wünsche der Parteien sollen bis zum Herbst zurückgestellt werden.

In den Abendstunden sind dann die Fraktionen zusammengetreten, um sich mit den Vorschlägen der Reichsregierung zu beschäftigen. Man hört noch vor Redaktionsschluß, daß die Bayerische Volkspartei die Ergänzungsvorschläge über die Arbeitslosenversicherung der Reichsregierung annimmt, die Gemeindefiskalsteuer dagegen will die Bayerische Volkspartei ablehnen. Die Demokraten wollen den Vorschlägen zustimmen, wenn auch die Einführung einer Schank- und Verbrauchssteuer in Aussicht genommen wird. Bei der Deutschen Volkspartei hört man, daß auch sie sich für das obige Programm einsetzen will, vorausgesetzt

daß ihm alle übrigen Regierungsparteien zustimmen. Ebenfalls ihm alle übrigen Regierungsparteien zustimmen. Ebenfalls zugestimmt hat bereits die Wirtschaftspartei. Die Zentrumsfraktion ist erst in den späten Abendstunden zusammengetreten, um zu der Lage und zu den Vorschlägen der Reichsregierung Stellung zu nehmen, mit denen sich vor Beginn der Fraktionsführung der Fraktionsvorstand eingehend beschäftigt hat. Der Fraktionsvorstand will der Fraktion vorschlagen, die neuen Vorschläge der Reichsregierung anzunehmen. Die Sitzung der Zentrumsfraktion dauert im Augenblick noch an. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Fraktion den Vorschlägen des Fraktionsvorstandes folgen und auf den Boden der Regierungsvorschläge treten wird.

Vor Redaktionsschluß werden noch folgende Einzelheiten zur Bürgersteuer

bekannt. Das Gesetz soll drei Paragraphen enthalten. Nach dem Gesetz sollen die Gemeinden berechtigt sein, von ihren Bürgern eine Bürgerabgabe zu erheben, deren Höhe von den Rändern bestimmt wird. Der Steuerjahr darf mindestens 6 Mk. betragen und bei Lohnsteuerpflichtigen mindestens 3 Mk. jährlich. Für Ehegatten darf er nicht weniger als das Anderthalbfache des Normaljahres betragen.

Eine Staffelform der Steuer ist ausgeschlossen. Bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes dürfen Gemeindegewerbesteuer oder Gemeindegewerbesteuer um mehr als 100 Prozent, jedoch nicht mehr als 150 Prozent des Landesdurchschnitts erhoben werden, wenn für das gleiche Rechnungsjahr ein Zuschlag von 50 Prozent zur normalen Bürgersteuer erhoben wird. Bei einem Zuschlag von 100 Prozent zur Bürgersteuer dürfen die Realsteuern 150—200 Prozent, bei einem Zuschlag von 150 Prozent zur Bürgersteuer auch mehr als 200 Prozent betragen.

Vom 1. April 1931 ab ist das Aufkommen der Bürgersteuer in den Gemeinden zur Deckung der Realsteuern zu verwenden. Die Bürgersteuer darf nicht als Abzug von dem Lohn erhoben werden, sie wird bei den Gemeinden selbst verbleiben. Das Gesetz soll per 1. Oktober des Jahres in Kraft treten.

Berlin, 9. Juli. Im Reichstag wurde heute die 2. Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums beendet und der Etat in der Ausschussfassung angenommen. In der Aussprache übten der nationalsozialistische Abg. Feder-Sachsen und der kommunistische Abg. Torgler scharfe Kritik an dem Antrag des früheren Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer auf Bewährung einer Pension von beinahe 30 000 Mk. jährlich. Der volksparteiliche Abg. Dr. Kahle unterbrach den Abg. Torgler, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß Dr. Molkenhauer bei Uebernahme seines Ministeramtes sein akademisches Lehramt und sämtliche Aufsichtsratsstellen niedergelegt habe. Der kommunistische Torgler hörte trotz desärmens seiner Fraktionsgenossen im Saale Dr. Kahle ruhig an, meinte aber, die Regierung müsse Auskunft darüber geben, ob Dr. Molkenhauer tatsächlich auf sein Pensionsdienstalter die Anrechnung aller möglichen Tätigkeiten verlangt, die mit seinem Ministeramt nichts zu tun haben. Der christlich-nationale Abgeordnete v. Lindener-Wildau nahm eine Bemerkung des Nationalsozialisten Feder zum Anlaß, die Behauptung, daß Minister Treviranus die Fahrt zur Bekleidungsfeier in einem luxuriösen Salonwagen gemacht habe, als verleumderische Erfindung zurückzuweisen.

In der dann folgenden 3. Beratung des Protokollgesetzes wurde der Antrag der Wirtschaftspartei auf Streichung des § 4, der die Angabe des Protokollgewichts vorschreibt, im namentlichen Abstimmung mit 185 gegen 183 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Die Sozialdemokraten hatten vorher angekündigt, daß sie bei Annahme dieses Antrages das ganze Protokollgesetz ablehnen würden. Angesichts der geringen Stimmdifferenz bei dieser bedeutsamen Abstimmung wurde beschlossen, die Schlußabstimmung über das Protokollgesetz erst morgen vorzunehmen, damit inzwischen das Ergebnis der ersten Abstimmung genau nachgeprüft werden kann.

Im übrigen stehen auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung, die um 3 Uhr beginnt, kleinere Vorlagen.

Wesen und Ziele der deutschen Sozialpolitik

Von Reichsminister a. D. Dr. Brauns.

II.

Angesichts der Parole von Preis- und Lohnabbau steht auch das

Einigungs- und Schlichtungsweesen

zur Zeit im Vordergrund der Diskussion. Man redet von überhöhten Löhnen, von staatlichem Lohnzwang, man fordert einseitigen Lohnabbau und sogar Kündigung der Tarifverträge. Soweit in Einzelfällen überhöhte Löhne zu verzeichnen sind, sind diese nicht auf das behördliche Schlichtungsweesen zurückzuführen. Im übrigen liefert uns die Reichsstatistik den Nachweis, daß die diesbezüglichen Behauptungen einer gewissen Einseitigkeit nicht entbehren. Vergleicht man die Entwicklung beispielsweise der Sauerlöhne im Ruhrbergbau (1913 6,82 Mark — 1929 10,23 RM.), die durchschnittlichen tarifmäßigen Wochenlöhne der gelernten Arbeiter in den Produktionsmittelindustrien (1913 36,14 Mark — 1929 54,58 RM.), sowie die tarifmäßigen Wochenlöhne der gelernten Arbeiter in den Verbrauchsgüterindustrien (1913 33,80 Mark — 1929 51,58 RM.), so ergibt sich, daß diese rund 50prozentige Steigerung keineswegs die Entwicklung des Lebenshaltungsindezes übertrifft. Im Gegenteil! Der Vergleich mit den Indizes der Lebensmittelpreise beweist, daß der Lebensmittelpreiserhöhung dieser Lohnentwicklung vorausgegangen ist.

Fernerhin ergibt sich aus den Nachweisungen des Reichsstatistischen Jahrbuchs 1929 über Streiks und Aussperrungen, daß in den Jahren 1926, 1927, 1928 die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen veräumten Arbeitstage gar nicht so gering gewesen ist. Es hat sich in jedem dieser Jahre um mindestens sechs Millionen veräumter Arbeitstage, in einzelnen um die doppelte und dreifache Zahl, gehandelt. Demnach hat es auch an der Möglichkeit der Messung der Kräfte zwischen den beiden Parteien keineswegs gefehlt. Man kann und soll die Handhabung unseres Einigungs- und Schlichtungsweesens den veränderten Zeitverhältnissen und den Notwendigkeiten der augenblicklichen Lage anpassen. Man kann die Verbindlichkeitsklärung möglichst einschränken. Man kann insbesondere mit guten Gründen mit der Allgemeinverbindlichkeitsklärung zurückhaltend sein. Das alles ist zuzugeben. Aber abzulehnen für die Gegenwart wäre eine grundsätzliche Reform unseres Einigungs- und Schlichtungsweesens. Diese werden wir uns für eine spätere, ruhigere und bessere Zeit vorbehalten müssen.

Der Arbeiterschutz.

bedarf trotz der wirtschaftlichen Depression einer zeitgemäßen Fortführung. Ohne ihn lassen sich die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart gar nicht lösen. Die Lage der Weltwirtschaft, die besonderen Schwierigkeiten der europäischen Wirtschaft, verlangen internationale wirtschaftliche Konventionen mit dem Zweck einer internationalen Regelung der Produktion und des Absatzes gewisser Waren. Damit hängen aufs engste zusammen internationale Verständigungen über gewisse Arbeitsbedingungen, zum Beispiel über die Begrenzung der Arbeitszeit. Die fortschreitende Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe stellen das gleiche Erfordernis. Man wird deshalb das seit zwei Jahren vorliegende Arbeitsschutzgesetz in Angriff nehmen müssen und für einzelne Bereiche, z. B. für den Bergbau, besondere Regelungen vorzusehen haben.

Damit berührt man auch unsere Mitwirkung an der internationalen Regelung sozialer Probleme durch die internationale Arbeitsorganisation. Aus den eben angegebenen Gründen gewinnt auch diese an Bedeutung. Nur müssen sich alle, die an den Arbeiten dieser internationalen Arbeitsorganisation interessiert sind, beteiligen. Klar werden über die unumgänglichen Voraussetzungen für Erfolge auf diesem Gebiete. Internationale Konventionen sind nicht dazu da, um irgend ein einseitiges Problem aufzustellen, dem keine Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten folgt. Sie müssen im Gegenteil mit dem Streben, möglichst viel Ratifizierungen zu erreichen, abgeschlossen werden, wobei natürlich ein sozialer Fortschritt als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Dieser soziale Fortschritt kann aber kein sprunghafter sein, sondern nur ein organischer. Auch hier ist die Politik die Kunst des Möglichen.

Viele sehen in der Sozialpolitik der Nachkriegszeit die Hauptquelle unserer gegenwärtigen Krise. Wir sind umgekehrt der Auffassung, daß ohne diese Sozialpolitik es noch schlimmer in Deutschland aussehe würde, als es heute der Fall ist. Sie war von wirtschaftsfördernder und staatshalter Bedeutung. Deshalb soll keine sachliche Kritik abgelehnt werden, deshalb soll auch keine gesunde Reform unterbleiben, aber die Grundgedanken unserer Sozialpolitik waren richtig und müssen nach wie vor auch in diesen schweren Zeiten aufrecht erhalten bleiben. Die Zentrumspartei steht nach wie vor zu ihrem Sozialprogramm.

Bevorstehende Aufhebung des Stahlhelmverbotes im Rheinland?

Berlin, 8. Juli. (Eigene Meldung.) Wie die „D.N.Z.“ meldet, besteht Aussicht, daß das Verbot der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Industriegebiet des Stahlhelms aufgehoben wird. Die Aufhebung des Verbotes soll in den nächsten Tagen, und zwar noch vor dem Beginn der amtlichen Rheinlandbefreiungsfeiern, erfolgen.

Kardinal Vanutelli

Rom, 9. Juli. Kardinal Vanutelli, das älteste Mitglied des Kardinalkollegiums, ist im Alter von 94 Jahren gestorben.

Vincenzo Vanutelli ist der älteste Kardinal der römischen Kirche, sowohl an Lebensalter, wie an Dienstalter als Kardinal. Er ist der jüngste Bruder des 1918 verstorbene Kardinals Seration Vanutelli und wurde am 5. Dez. 1836 in Genozano geboren. In Rom studierte er Theologie, wurde 1860 zum Priester geweiht und schon 1861 zum Professor am vatikanischen Seminar ernannt. Im Jahre 1863 trat er in die päpstliche Diplomatie ein, wo er nacheinander in Holland und

Brüssel tätig war; 1875 kam er ins Staatssekretariat nach Rom; 1878 wurde er Auditor bei der Rota Romana. Im Jahre 1880 erfolgte seine Ernennung zum Titular-Erzbischof von Sardes; 1882 wurde er Nuntius in Lissabon. Kardinal wurde er 1890. Als solcher fand er als Vorsitzender verschiedener Kommissionen und als Präfekt des Konzilium und einiger Kongregationen an der Kurie Verwendung. Von 1908—1914 war er Präfekt der Signatura, des obersten vatikanischen Gerichtes und seit 1914 Präfekt der Dataria, der päpstlichen Geheimkanzlei. Als päpstlicher Legat zu verschiedenen eucharistischen Kongressen (Tournai 1906, Metz 1907, London 1908, Köln 1909 und Montreal 1910) ist er auch außerhalb Italiens sehr bekannt geworden.

Die Flugkatastrophe über der Ostsee

Ausführlicher Bericht Kapitän Kurings

Berlin, 9. Juli. Kapitän Kuring, der Führer des vorgetrennten bei Bornholm verunglückten Wasserflugzeuges der Deutschen Luftkavallerie, hat in der vergangenen Nacht aus Høne auf Bornholm ein Telegramm an die Deutsche Luftkavallerie geschickt, das folgenden Wortlaut hat:

16.20 Uhr starkes Schlagen in der Maschine, worauf Motor abgestellt. Verlust des Propellers beobachtet. Motorgetriebene Wellen gebrochen und Propeller abgefliegen. Propeller der Radioanlage zerstört. Motorlegler (Maja) kommt auf Notsignal und schleibt ab 16.30 Uhr Richtung Bornholm. Passagiere können wegen Seeganges nicht übergeben werden. Schleppmanöver 1/2 Stunde ohne Zwischenfälle. Passagiere haben Schwimmwesten angelegt und sind über Funktion unterrichtet worden; haben gute Stimmung. 19 Uhr wirft plötzlich starke Windböe Maschine aus dem Wind und taucht mit Steuerbordflügel ein. Auf mein Kommando „Alle Mann über Bord“ verlassen alle Menschen Maschine. Beobachte noch, wie Schleppboot zum Rettungsmanöver beibringt und springe dann tauchend von Maschine weg. Nachdem ich an Wasseroberfläche aufgetaucht, liegt Maschine tiefer unten.

Ich befreie mich vom Mantel und mache Schwimmweste klar. Dame (Hel. Kortrop) schwimmt 5 Meter von mir entfernt ruhig im Wasser. Ich versuche, sie auf das Flugboot zu ziehen, doch inzwischen auf Stärke 5 anwachsender Seegang verhindert es, und sie treibt ab. Motorlegler verfiel das Boot in geringer Entfernung und wirft Rettungsring aus. Mit mir geretteter Passagier (Erich-John) erklettert auch Boot und versucht, älteren deutschen Herren (Bradelsberg) an Bord zu ziehen, aber ohne Erfolg. Der Motorlegler legte sich nun in See über, um zunächst die treibenden Personen aufzunehmen. Nach 45 Minuten kommt Segler zum Boot zurück, um uns aufzunehmen. Inzwischen ist vom Flugzeug das Rumpfstück abgebrochen. 20 Uhr nimmt mich Motorlegler als Lehten auf. Zurückgekommene Motorlegler (Spee) beteiligt sich am Rettungsmanöver und hat nach Aussagen des Schöners (Maja) mindestens 2 Personen gerettet. Motorlegler mußte 21 Uhr Rettungsarbeiten

ausgeben, da Schraube defekt, und fährt nach Nexø. Motorlegler Spee bleibt noch an der Unfallstelle. Von Motorlegler noch keine Nachricht erhalten.

Weitere Einzelheiten der Tragödie

Stralsund, 9. Juli. Der holländische Segler „Spee“, nach dem seit dem Unglück der D 864 überall gesucht wurde, ist heute hier eingelaufen. Der Kapitän berichtet, daß er am Montag bei schwerem Sturm sieben Meilen von Bornholm den schwarzgestrichenen Schwimmer eines Bootes sichtete, an dem sich eine völlig erschöpfte Frau anklammerte. Ein Zuwasserlassen des Rettungsbootes war gänzlich unmöglich. Deshalb versuchte die Besatzung, die Frau durch einen Saften an der Schwimmweste zu fassen, die sie trug. Der Gürtel der Schwimmweste riß jedoch, die Frau versank und konnte nicht mehr gerettet werden.

Weiter teilte der Kapitän mit, daß er keine anderen Passagiere des Flugzeuges an Bord genommen hat. Er hat jedoch in der Nähe der Unfallstelle ein anderes Schiff gesichtet, das die Notlage gesehen hatte. Die Ertrunkene ist zirka 25 Jahre alt und hat blondes Haar.

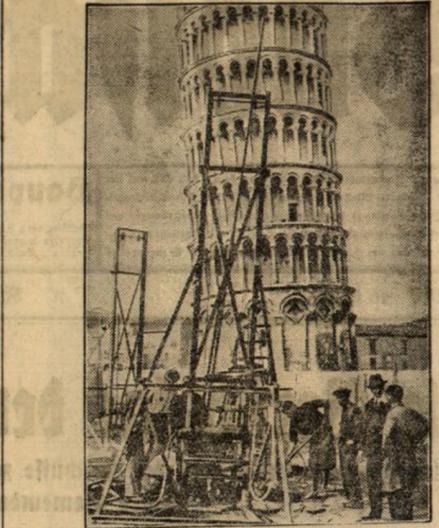
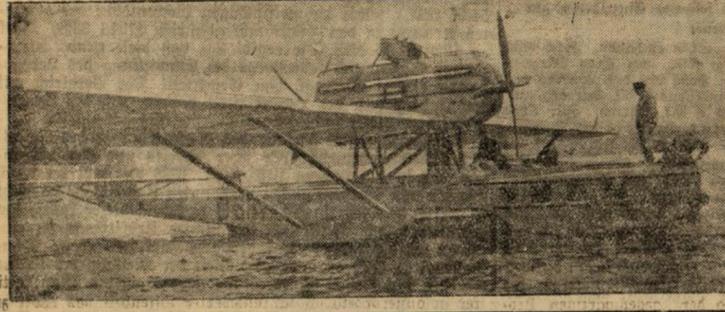
Start des „Graf Zeppelin“ zur Nordlandfahrt

Friedrichshafen, 9. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute nacht 12.05 Uhr zu seiner Nordlandfahrt aufgestiegen. An Bord befindet sich u. a. auch Knut Edener, der seit seiner Amerikareise zum ersten Male wieder im Luftschiff fliegt. Bemerkenswert ist noch, daß am 8. Juli der Geburtstag des Grafen Zeppelin war und daß am 8. Juli 1910 Graf Zeppelin mit dem Dampfer „Mainz“ eine Reise nach Spitzbergen unternahm, um dort mit einem Fesselballon die meteorologischen Verhältnisse im Nordkap zu studieren.

Hamburg, 19. Juli. Laut Mitteilung der Hanaglinie befindet sich das Luftschiff um 5.15 Uhr nachmittags M.E.Z. über Ulfbre an der norwegischen Küste, südlich des Sor-langer-Fjords.

Flugbootunglück auf der Ostsee

Das Verkehrs-Flugboot der Deutschen Luftkavallerie, das Montag nachmittag zu einem Flug vor Stettin nach Stockholm gestartet war, wurde über der Ostsee von einer Motorpanne betroffen. Das Boot mußte auf der Ostsee niedergehen und wurde von einem Motorschoner in Schleppplan genommen, kenterte jedoch infolge hohen Seeganges in der Nähe der Insel Bornholm. Von den acht Insassen des Bootes konnten nach den bisher vorliegenden Nachrichten fünf gerettet werden: zwei Passagiere und der Bordhüter werden vermißt.



Der schiefe Turm von Pisa wird immer schiefer

Dem Wahrzeichen der Stadt Pisa, dem bekannten schiefen Turm, droht durch Eindringen von Grundwasser in die Fundamente ernste Gefahr, der man durch Einpressen flüssigen Zementes in den sandigen Boden begegnen will.

Schobers Besuch in Budapest

Trinkprüche des Grafen Bethlen und des Bundeskanzlers Schöber

Budapest, 7. Juli. Bei dem zu Ehren des österr. Bundeskanzlers Schöber vom Ministerpräsidenten Graf Bethlen gegebenen Diner wurden in äußerst warmem Ton gehaltene Trinkprüche gewechselt. Graf Bethlen erklärte, selten sei es ihm vergönnt gewesen, einen Gast mit größerer Freude und so voll im Einklang mit den innigen Gefühlen der gesamten ungarischen Nation begrüßen zu können, wie Bundeskanzler Schöber, der in schwersten Zeiten den Bestand Oesterreichs auf neuen festen Grundlagen zu verankern gewußt habe. Ungarn, für das ein starkes Oesterreich, das entschlossen sei, die ihm eigenen Kräfte in steter Friedensarbeit zu entfalten, von grundlegender Bedeutung sei, solle ihm dafür Dank und Bewunderung. Vereint mit der ganzen ungarischen Nation sendet Graf Bethlen seinen herzlichsten Gruß an den österreichischen Nachbarn. — Bundeskanzler Schöber erwiderte, die traditionelle Freundschaft und das Gefühl des in den Herzen seit Jahrhunderten fest verankerten und sorgsam gepflegten Zusammenarbeitens seien ein wertvolles Unterpfand für eine glückliche Zukunft beider Staaten. Oesterreich verfolge aufmerksam die unermüdbare Arbeit, mit der Ungarn unter Graf Bethlens Leitung die schweren Wunden zu heilen bestrebt sei, die der Krieg geschlagen habe. Die Oesterreicher entbieten Ungarn ihre treuen Freundesgrüße.

Abreise des amerikanischen Geschwaders

Kiel, 9. Juli. Das amerikanische Linienschiffgeschwader, das seit dem 5. Juli hier zu Besuch weilte, hat heute nachmittag die Ausreise angetreten. Wie bei der Anfuhr der amerikanischen Schiffe, so hatten sich auch bei der Ausreise wieder zahlreiche Schaulustige eingefunden, um den Amerikanern ein letztes Relewohl zuzurufen. Zahlreiche Motorboote gaben den ausfahrenden Schiffen ein Stückwegs das Geleit. Während das Geschwader den Hafen verließ, wurde auf dem amerikanischen Flaggschiff „Arkansas“ die deutsche Nationalhymne gespielt. Das nächste Ziel des amerikanischen Geschwaders ist Oslo, von wo es nach dreitägigem Aufenthalt über England die Rückreise in die Heimat antreten wird.

Eröffnung der Schlußstrecke der Zugspitzbahn

Gibsee, 8. Juli. Die Zahnradbahnstrecke Gibsee—Zugspitzplatte der Bayerischen Zugspitzbahn ist heute in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, darunter der bayerische Ministerpräsident und Geheimrat Stimming vom Nordd. Lloyd, feierlich eröffnet worden. Den kirchlichen Weiheakt nahm Kardinal-Erzbischof v. Faulhaber vor. Um 12.15 Uhr wurde in drei Sonderzügen die Bergfahrt vom Bahnhof Gibsee zur Schneefernerplatte und zum neuerstandenen Schneefernerhaus angetreten, wo bei einem Frühstück in Reben und Wechselreden Glückwünsche zu dem festlichen Ereignis ausgesprochen wurden.

Kein Widerruf Kürtens

Berlin, 8. Juli. (Eigene Meldung.) Zu den Meldungen über einen angeblichen Widerruf der Geständnisse Kürtens erfährt der Bochumer Mitarbeiter des „Lokalanzeiger“ von zuständiger Stelle, daß von einem Widerruf Kürtens nicht gesprochen werden kann. Noch am Freitag nachmittag fand eine eingehende Vernehmung Kürtens durch Kriminalrat Momberger, den Chef der Düsseldorfster Nordkommission, statt, bei der Kürten weiter ihn selbst belastende Aussagen machte. Die Kriminalpolizei weist darauf hin, daß vom Tage der Verhaftung Kürtens an das Bestreben der vernehmenden Beamten dahin ging, die Selbstgeständnisse so weit wie möglich außer acht zu lassen. Eine Zurücknahme von Geständnissen durch Kürten würde ohne jede Bedeutung sein, da ihm die einzelnen Fälle einwandfrei nachgewiesen werden konnten.

Weshalb die Saarverhandlungen nicht vorwärts kommen

Paris, 9. Juli. Zur Ausfertigung der Saarverhandlungen schreibt Leon Blum, der Führer der sozialistischen Partei, in dem offiziellen Organ der Partei, Le Populaire: „Alles in allem riecht das Communiqué, das ausgegeben wurde, nach Abbruch, und diese Tatsache ist ernst. Die öffentliche Meinung muß über die wahren Widerstände, die bei den Saarverhandlungen eine Rolle spielen, aufgeklärt werden. Tatsache ist, daß das Hindernis für die Liquidierung der Saarfrage — und damit vielleicht auch für die deutsch-französische Annäherung — der von industriellen Gruppen auf die französische Regierung ausgeübte Druck ist. Diese Gruppen wollen sich nämlich in Form eines Anteils an dem Besitz der Saargruben ein Lösegeld für die Räumung bezahlen lassen. Ist das annehmbar? Ist das zu dulden? Die Regelung einer internationalen Angelegenheit von diesem Ausmaß kann nicht von irgendwelchen privaten Interessen abhängig gemacht werden.“ — Das Blatt verlangt eine Neuferung der französischen Regierung.

Nationalsozialistische und kommunistische Kommunalbeamte werden nicht mehr bestätigt

Berlin, 9. Juli. (Eigene Meldung.) Nachdem das preussische Staatsministerium allen Staatsbeamten die Mitgliedschaft an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei verboten hat, ist laut Vossischer Zeitung vom preussischen Minister des Innern auch, die am 31. Januar ergangene Anweisung über die Nichtbestätigung von Kommunalbeamten, die diesen Parteien angehören, erweitert worden. In dem neueren Erlaß wird bestimmt, daß Angehörigen der NSDAP. und der KPD die Bestätigung ausnahmslos zu verweigern ist.

Der rote Militarismus

Moskau, 6. Juli. (United Press.) Von der Gesellschaft für Flugzeugwesen und Kriegschemie hat die Sowjetarmee sechzehn Flugzeuge „zur Feier des 16. Kongresses der allrussischen kommunistischen Partei“ als Geschenk erhalten. Die Flugzeuge, zu deren Beschaffung Geldmittel durch Sammlungen aufgebracht worden waren, wurden der Armee in Anwesenheit des Kriegskommissars Woroschilow feierlich übergeben. — Man vergleiche mit dieser Nachricht das Verhalten der deutschen Jünger Moskaus. Laut „Rote Fahne“ werden die Kommunisten auch dieses Jahr einen „Noten Antikriegstag“ veranstalten. Er soll am 1. August steigen. Man betreibt sogar eine Streikparole in den Betrieben für diesen Tag. Nur der unintelligenteste Teil der Arbeiterklasse kann solchen Leuten noch Glauben schenken und ihre Parteifasseln füllen helfen.

Moskau, 9. Juli. Das Kollegium der G. P. U. hat den nach Paris geflüchteten Leiter der sowjetrussischen Tscheka in Konstantinopel, Agabekow, zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Weitere Separatistenverfolgungen in Triest

Triest, 9. Juli. (Eigene Meldung.) Zu Ansammlungen vor den Wohnungen angeblicher früherer Separatisten ist es auch in der letzten Nacht hier gekommen. In verschiedenen Straßen versuchten die Demonstranten, Wohnungen und Geschäfte anzugreifen. Bei Anbruch der Dämmerung erschien die Polizei mit Karabinern an mehreren Stellen der Stadt und zerstreute die Ansammlungen, an denen sich insgesamt etwa 100 Personen beteiligt haben dürften. Die Straßenzugänge wurden mit starken Patrouillen besetzt. Niemand durfte stehen bleiben. Die Straße, in der sich die Polizeihauptwache befindet, wurde für jeglichen Verkehr gesperrt. Vor der Wache hielten mehrere Ueberfallkommandos, die mit Tränengasbomben ausgerüstet waren. Um 10 Uhr mußte die Polizei, da die Ansammlungen an verschiedenen Punkten zu dicht geworden waren, die Ueberfallkommandos ausrücken lassen, denen es gelang, die Demonstranten zurückzudrängen. Später mußten die Polizeikommandos die Straßen säubern. Einzelne Straßen wurden eine Zeitlang für jeden Verkehr gesperrt. Trotzdem konnte die Polizei nicht verhindern, daß in einem Zigarrengeschäft und zwei anderen Häusern Fensterscheiben eingeworfen wurden. Zwei junge Leute, die sich den Anordnungen der Polizei widersetzen, wurden verhaftet. Gegen 2 Uhr herrschte Ruhe. Während die Polizei in der inneren Stadt für Ordnung sorgte, wurde auf die am Fuße des Markusberges liegende Villa eines Zigarrenhändlers, der sich zurzeit nicht in Triest befindet, ein Ueberfall verübt. Die Lichtleitungen wurden durchschnitten und Fenster und Türen ausgehängt und zertrümmert. Das gleiche geschah mit den Räubern der Wohnung. Als die Polizei erschien, waren die Täter verschwunden.

Die elsässische Presse fordert Öffnung der Grenze

Colmar, 8. Juli. Seit der Räumung des Rheinlandes wird die Forderung der Regelung des kleinen Grenzverkehrs in der elsässischen Presse mit gesteigertem Nachdruck erhoben. Die Presse geht sogar darüber hinaus und verlangt überhaupt die Öffnung der Grenzen. So schreibt z. B. der „Elsässer Kurier“: „Der kleine Grenzverkehr bedeutet darum nur die Einleitung zur völligen Öffnung der Grenzen, die wir nach wie vor als unbedingt nötig ansehen.“

Bahrenth, 8. Juli. Nach einstündiger Beratung fällt das Gericht im Prozeß Schubert-Popp das Urteil. Die beiden Arbeiter Friedrich Schubert und Heinrich Popp sind schuldig je eines in Mittertäglichkeit ausgeführten Versuches eines Verbrechens des besonders schweren Raubes. Schubert wird zu 6 Jahren Zuchthaus, Popp zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Beide haben die Kosten zu tragen. Wegen der Niedrigkeit der Gefängniszeit der Verbrechen entsprang, wird auf 5 Jahre Erbreulust erkannt und wegen der Gemeingefährlichkeit auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Baden

Ueber „Karlsruhe 1930“

plaudert der Karlsruher Korrespondent der Freift. Ztg. in Nr. 499 seines Blattes. Dammertstockfiedelung und Strandbad Rappennwörth kommen dabei gut bis sehr gut weg. Mit besonderer Anerkennung wird bezüglich des letzteren verzeichnet, „daß die maßgebenden katholischen Stellen in Karlsruhe sich dem Rappennwörther Familienbad gegenüber duldben verhalten.“ Unseres Wissens stehen „die maßgebenden katholischen Stellen in Karlsruhe“ auf keinem anderen Standpunkt in der Frage des Familienbades, als der Erzbischof in Freiburg, dessen Hirtenreiben über die Badeanstalten vor einigen Wochen auch in sämtlichen katholischen Kirchen Karlsruhes von den Kanzeln verlesen wurde. Und was die spezielle Stellungnahme zum Strandbad in Rappennwörth angeht, so ging sie dahin, daß, wenn in dem Strandbad auch für diejenigen gesorgt sei, die aus Gewissens- oder anderen Gründen das Milchbad mit dem schönen Namen „Familienbad“ nicht besuchen wollen, können oder dürfen, und wenn ferner dem wilden Baden gesteuert werde, man das Strandbad mit „Familienbad“ als das kleinere Übel ansehen wolle. Soviele uns aber bekannt ist, treffen diese Voraussetzungen bis jetzt nicht zu, worüber auch die Stadtverordnete Fräulein Meyer Kagened, die zum Vorstand des katholischen Frauenbundes gehört, im Stadtverordnetenkollegium Klage geführt hat, ohne daß dieser Kritik bis jetzt Rechnung getragen wurde. Wer heute eine Auffassung von gestittetem Verhalten beim Baden im Sinne christlicher Tradition hat, der darf ja leider auf Toleranz nicht rechnen. Und selbst denen fehlt oft der Mut zu dieser Toleranz, die innerlich auf Seite der Tradition der christlichen Sitte stehen.

Nicht gefallen hat dem Korrespondenten der Freift. Ztg. das Verhalten der Katholiken in Karlsruhe zum Theater. Darüber wäre ja manches zu sagen. Sicher ist, daß die Karlsruher Katholiken auf Entgegenkommen der Theaterleitung bezüglich der Wahl von Stücken, die von katholischen Meistern (z. B. Calderon) stammen, nicht so stark positiv reagieren, wie z. B. die Juden es tun, wenn das Landes-theater ihnen entgegenkommt. Falls die Theaterleitung glaubte, mit dem Stück des katholischen Autors „Sebastianuslegende“ den Katholiken entgegenzukommen, unterlag sie allerdings einem Irrtum, denn über dieses Stück gehen die Auffassungen der Katholiken, wie man erfahren hat, so weit auseinander, daß sie sich direkt widersprechen. Aber das darf man der Theaterleitung nicht ankreiden. Die Freift. Ztg. (oder ihr Korrespondent), ist indes falsch beraten, wenn sie den Karlsruher Protest gegen das Zeittheater aus Anlaß des Stückes „Krantheit der Jugend“ der Zentrums-partei zuschreibt. Jenen Protest gegen ein Stück, das bei weitem nicht bloß im katholischen Lager grundsätzlich abgelehnt wurde und wird, und aus dem entsprechenden Gefühl heraus von der Theaterleitung nur auf dem Weg der Sondermiete ins Theaterpublikum kam, ging — ohne daß die Zentrums-partei oder Zentrums-presse zu den Vorbereitungen herangezogen wurde — von den katholischen Korporationen, insbesondere von der organisierten katholischen Jugend aus. Obwohl wir keinen Grund haben zu der Annahme, daß die Zentrums-partei nicht mit dem Protest einverstanden gewesen sind, vielmehr wissen, daß sie als Katholiken teilnehmen, möchten wir doch die Behauptung von der politischen Herkunft des Protestes nicht unwidersprochen lassen, weil sie in der Tat unrichtig ist. Man kann gerade aus diesem Grunde der Meinung sein, daß es besser gewesen wäre, jener Protest wäre von allen getragen worden, die in jenem Zeittheaterstück eine Verletzung der Sitte sahen, die ein Landes-theater in Baden einzuhalten hat. Jedenfalls zeigt die Behauptung in der Freift. Ztg., daß man dort heute schon geneigt ist, dem Protest eine politische Bedeutung zu geben, statt eine ethische und weltanschauliche und ihn auf engste politische Kreise zu beschränken, anstatt anzuerkennen, daß der Protest überhaupt — abgesehen von der Form, in der er erfolgt ist — sich auf viel weitere Kreise berufen konnte, als die politischen im Zentrum, ja die kirchlich geminten Katholiken von Karlsruhe. Das trat ja auch zu Tage, als der Theateradherente Vater Dr. Erpeditus Schmidt später im Landes-theater im Rahmen einer Morgenfeier in durchaus sachkundiger und interessanter Weise über Theaterfragen sprach, wobei er ebenfalls das Zeittheater als nicht dem Volk sondern nur dem „Publikum“ dienend verworfen und damit die Zustimmung vieler fand, die weltanschaulich nicht auf seinem Boden stehen.

Wir hielten diese Bemerkungen für notwendig zur Berichtigung von Schiefheiten, die in der sonst bemerkenswerten Klaunderer der Freift. Ztg. gerade bezüglich der katholischen Bevölkerung von Karlsruhe enthalten sind.

Die Nationalsozialisten im Frankenland

Aus dem Frankenland, 7. Juli. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Sonntag eine Werbereise durch das Frankenland. Auf Lastkraftwagen oder in Autos kamen sie, sehr herausgeputzt in weißen Hemden und Sportanzügen mit Schreibmaschinennamen, als Vertreter einer „armen Partei“ und eines „ausgebeuteten Volkes“ angetreten. Die Hafenkreuz-fahrt wurde allerdings zu Hause gelassen. Dafür soll jetzt die Bundesbahn des Bauernkrieges geschwenkt werden von Trägern in weißen Hemden, weil die Braunen verboten sind. Also fündeten ihre Agitatoren in den Versammlungen an. Der allgemeine Eindruck der meistens stundenlangen Schimpfreden war der, daß ziemlich viel auf die Unwissenheit der Zuhörer spekuliert wurde. Das Frankenland, soweit es sich der Mühe unterzog, den Versammlungen beizuwohnen, wird sich im übrigen seine eigenen Gedanken über die förperliche und geistige Reife der Agitatoren gemacht haben. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Abgeordneten wären selber gekommen. Oder soll es auch hier gelten: — der erste Eindruck ist immer der beste! Ein Flugblatt, das in den Versammlungen verteilt wurde, will das Zentrum umbringen und zwar mit Hilfe des H. S. Farrer's Föry von Honau! Das heißt: auf Grund seiner Darlegungen, die nach Aufzeichnungen „eines Versammlungsteilnehmers“ im Fettdruck wiedergegeben wurden, heißt es zum Schluß des Flugblattes: Heraus mit dem Seelforger aus der Politik! Herunter mit der Maske des heuchlerischen Zentrums!

So agitiert der Nationalsozialist im katholischen Frankenland! Da waren die Verfasser des Flugblattes vor den Landtagswahlen doch noch etwas gewiser. Sie schrieben mit ebenso großen Buchstaben: Katholiken bleibt treu Eurer Kirche, treu Euren Seelforgern! Die Gesundheit hat demnach seit Herbst nicht besonders zugenommen. Natürlich, im Frankenland gilt die Hauptwur der Nationalsozialisten dem Zentrum. Vom Marxismus, den sie in den Versammlungen als Hauptgegner bezeichnen, haben sie im Frankenland nichts

Bricht das Eis?

Stellungnahme eines Franzosen zum Projekt des Grand canal d'Alsace und zur Rheinregulierung

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nr. 1335, 2. Sonntagsausgabe vom 6. Juli 1930) nimmt der bekannte französische Publizist und Politiker Ernest Joudet das Wort zu einigen Problemen, die zwischen Frankreich und der Schweiz schweben. In erfreulich offener und rücksichtsloser Art, die uns Deutsche besonders aufhorchen lassen muß, äußert er sich bei dieser Gelegenheit über das Projekt des Grand canal d'Alsace. Er meint, die Frage der durch den bekannten Straßburger Schiedspruch der Rheinzentral-kommission heraufbeschworenen Streitfrage der Regelung des Rheinlaufs sei umso beizugnisvoller, weil sie nicht amtlich erörtert werde, ja weil ihre Diskussion im Rahmen der geltenden Verträge verboten sei. Eine offenherzige und kategorische Klarheit sei aber die Voraussetzung, wenn man der heimlichen Bedrohung der Beziehungen zwischen Frankreich, der Schweiz und Deutschland, die sich aus diesem Problem ergebe, Halt gebieten wolle. Die Sachlage ist bekanntlich kurz die — und so wird sie auch von Joudet dargestellt: Der Pariser Vertrag sichert Frankreich ein gewisses Maß elektrischer Energie aus dem Rhein. Dazu hat es von den Anstörern durch den eben erwähnten Schiedspruch das absolute Recht erhalten, durch das Eisbaueinen Kanal anzulegen, wo es diese Energie leichter und ertragreicher verwerten zu können glaubt. Frankreich habe nun bereits auf die Anlage der ersten Schleufe und des Werkes von Kembs eine stattliche Anzahl von Millionen verwendet. Joudet fährt wörtlich weiter:

„Die Fortsetzung des Experiments wird aber nach den bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die Kosten ganz erheblich über den Voranschlag hinausgehen. Die Energie wird sehr teuer zu stehen kommen, ihre Gesamtmenge wird überdies hinter dem zurückbleiben, was die Bewertung des alten Rheinbettes selber verspricht. Die Erfindung der Schraubbenturbinen gestattet die Verwertung der gesamten Energie eines Flußlaufes an irgend einer Stelle; diese Verwertung hat keine andere Schranke als die von der Wassermenge vorgeschriebene, die selbstverständlich schwankt, die aber im Rhein während mehrerer Monate erheblich größer ist als in einem Seitenkanal, der infolge dieser wertvollen Erfindung nunmehr veraltet ist. Die Berechnungen über den Kostenpreis der Elektrizität, die dem Eisbauein Kanal und den benachbarten Gebieten geliefert werden soll, führen zu den nennlichen Schlussfolgerungen.“

Diese Ausführungen sind wünschbar deutlich und könnten durch weitere Ausführungen und Unterstreichungen nur an Deutlichkeit verlieren. Wenn also Frankreich auf seine Rechte verzichten würde, dann würde vermieden, meint Joudet mit Recht, daß der Wert der kostspieligen zwischen Deutschland und der Schweiz vereinbarten Regulierungsarbeiten vernichtet würde, vermieden ferner, daß keiner der Beteiligten bei der Durchführung der gegenwärtigen Programme zufrieden sei, weder Frankreich, das seine ursprünglichen Rechnungen überholt finden werde noch die Schweiz und Deutschland, die in ihren Interessen geschädigt würden. Es sei selbstverständlich, daß die Schweiz den freien Rhein einem nationalen Kanal vorziehe und es sei auf der anderen Seite ebenso schwer für Deutschland, bei Durchführung des französischen Planes den Traum einer ununterbrochenen Re-

gelung des Rheins zum Bodensee und einer Verbindung zu Donau ins Nichts versprechen zu sehen. Außerdem bedeute die Unterdrückung des Flusses an der Stelle, an der er seit Jahrhunderten oder gar seit Jahrtausenden ströme, ein Risiko, das sich kaum in vollem Umfange übersehen lasse. Joudet glaubt zwar — unzutreffender Weise —, daß vermutlich die hydrographischen Bedingungen auf der badischen Seite nicht gestört würden, trotzdem aber habe man nicht das Recht, diese außer acht zu lassen.

Den Rest des Artikels zitieren wir wörtlich:

„Numa Prox hat einst die Aufgabe der Zeit als die eines Vermittlers bezeichnet, der kein Mißtrauen erwecken kann, wenn er rechtzeitig eingreift. „Wie weit“, fragt er sich, „soll diese Mission gehen? Die Menschheit hat ein Bedürfnis nach Verständigung und Einigung, das im selben Maße wächst, wie der Austausch von Produkten und Gedanken. Von verschiedenen Seiten fordert man dieselbe Lösung. Alle Hände, die sich zu einigen suchen, scheinen gleichsam von der Natur getrieben zu sein, sich bei uns zu begegnen. Die Schweiz hat die Aufgabe, eine ewige Flamme zu nähren, die der Gerechtigkeit, des Rechts und des Friedens.“ Hier liegt ein Fall vor, in dem die Schweiz ihre gerechte Stimme erheben darf, um auch ihrer eigenen Sache zu dienen. Wenn die unvoreingenommenen Beobachter zugeben, daß Frankreich mit der weiteren Verfolgung der Pläne eines Rheinseitenkanals nicht erreichen kann, was es damit bezweckt, daß aber die Länder, deren Schicksale mit diesem Unternehmen eng verknüpft sind, eine für sie verhängnisvolle Hartnäckigkeit einmütig verurteilen, weshalb sollte man sich denn auf den Status quo festlegen? Er verheißt nichts anderes als endlose Plandereien. — Ohne Zweifel tut Eile not, um Irrtümer, die nicht wieder gut gemacht werden könnten, zu vermeiden. Aber noch ist nichts verloren; der Augenblick ist da, an dem eine offene und klare Meinung ausgedrückt werden muß. Sie wird nicht mehr auf unverbesserliche Vorurteile stoßen oder auf Ohren, die verschlossen und versiegelt sind. Heißt es zu viel verlangen, wenn man den Wunsch ausdrückt, daß die Schweiz einer Bewegung, die den Schaden gutmachen will, ihre Hilfe leiste? Diese Bewegung wird morgen in Frankreich von jenen unterstützt werden, die nicht die Sklaven einer Täuschung sind und nicht fanatische Gegner einer Umstellung, die der gesunde Menschenverstand und die Einsicht in die Tatsachen fordern. Es verlohnt sich, eine wirkliche Wirtschaftspolitik einzuführen, deren Notwendigkeit alle Parlamente unisono verkünden, wenn sie nicht auch durchgeführt wird.“

Es ist wohl kein Zufall, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick der Bestreuna der deutschen Gebiete von französischer Besatzung der französische Publizist und Politiker in außerordentlich dankenswerter Offenheit das Wort zu einer Sache ergreift, von deren Vereingung in gegenseitigem Einvernehmen und Vertrauen es abhängen wird, ob die Substanz der Verständigung und der Abstimmung der Interessen nach dem rein wirtschaftlichen von politisch-nationalen Erwägungen ungetrübt Standpunkt sich ausbietet. Möchte die Schweiz ihren Beruf, als ehrliche Maßlerin tätig zu sein, bald erkennen!

erbeutet, und bezüglich der Rechts- und liberalen Parteien scheint der Nachwuchs von selbst zu kommen. Das haben ja gerade die Landtagswahlen im Bezirk Wertheim bewiesen, von dessen Bezirksgruppe die ganze Agitationsstätigkeit organisiert wurde.

Von dem Städtchen W. (im westlichen Teil des Frankenlandes), wird uns berichtet, daß dort die Nationalsozialisten in der Bevölkerung ausprägen, der Pfarrer habe sich in der Schule geäußert: „Das Hagelwetter haben die Bewohner von W. verdient; nur hätte es noch ärger hageln sollen.“ Wer den Pfarrer kennt, glaubt so etwas von ihm nicht. Zufällig hörte jemand in einer Wirtschaft von dem Gerüde, berichtete es alsbald dem Herrn, worauf dieser sofort entsprechende Schritte tat, um die nötigen Feststellungen zu machen. Das Gerüde erwies sich als erfunden und erlogen und nur zu dem Zweck erfunden, um die nationalsozialistische Agitation zu unterstützen. Wir nageln diesen Fall hier fest, weil er für die Art der nationalsozialistischen Agitation, wie auch das Flugblatt über Pfarrer Föry und das Zentrum beweist, bezeichnend ist. Diese Burichen achten weder Ehre noch Wahrheit gegenüber denen, die sie befämpfen. Wo bleibt da die deutsche Ehrlichkeit? Man muß deshalb diesen Burichen überall auf die Finger sehen und ihnen darauf klopfen, wenn sie liegen und lügen.

Sächsisches

Ein Parteifreund schreibt uns aus Dresden: Unser politisches Leben ist jetzt beherrscht von der Frage nach der Regierungsbildung. Wie bekannt, hat sich das Verhältnis von Marxismus und Nichtmarxismus, das hier eine andere Bedeutung hat, als in anderen Ländern, kaum geändert. Bisher zählte man einschließlich der „Altsozialisten“ 47 Marxisten und 49 Andere. Heute ist das Verhältnis 45:51. Die Altsozialisten haben die für ein Mandat diesmal erforderliche Stimmenzahl nicht mehr aufgebracht und scheiden also aus den Berechnungen aus. Kein zahlenmäßig betrachtet, wäre trotz des Auscheidens der Nationalsozialisten eine Koalition ohne sie zwischen Sozialdemokraten, Demokraten, Wirtschaftspartei, Deutscher Volkspartei, Christlich-sozialen und Volksrechtspartei möglich. Diese Koalition wäre sogar stärker als die „antimarxistische“ unter Hitlers Oberleitung.

Aber bei der Einstellung hüben und drüben ist einer solchen Kombination keine Vindiktast zuzuschreiben. Die vom Nationalsozialismus schwer geschlagenen bürgerlichen (!) Parteien haben zu wenig eigene Ideen und zu wenig Selbstvertrauen, als daß sie sich trauten, aus dem Schatten der Partei zu treten, die inner ihre Männer und Frauen raubte. Sie fürchten nämlich durch eine dem Nationalsozialismus gegenüber rüdgangstarke Politik noch mehr zu verlieren.

Man darf eben nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus in einem Lande wie Sachsen, das vom kulturkämpferischen Liberalismus und Sozialismus ausgelagert und seelisch verödet ist, für weite Kreise ein Ersatz für wahren Idealismus geworden ist. Sachsen ist ein anderes Land als z. B. Baden. Es hat keine nennenswerte katholische Bevölkerung, sondern ist das Erbland der sog. Reformation mit all den üblen Folgen der seelischen Heimatlosigkeit und weltanschaulicher wie politischer Ziellosigkeit. Die Juden- und Rombebe der Nationalsozialisten fand hier ebenso Anflang, wie die bodenlosen Sprüche über die Reichsregierung. Das Zentrum selbst ist im meist nichtkatholischen Lande Sachsen zu schwach, um ohne Anlehnung zu operieren. Es gab keine Stimme der Wirtschaftspartei, der es einen stärkeren Stimmenschwund ersparte.

Die von uns als sicher erwartete sozialistenfreie Regierung wird dem siegestollen Nationalsozialismus einen erheblichen Spielraum einräumen, ganz nach thüringischem Muster. Dann wird Hitler Gelegenheit bekommen, zu zeigen, was er kann und wie er die große Notlage im Lande beheben will; denn bisher haben die Kommunisten durch ihn bei uns keine Einbuße erlitten. Im Gegenteil! Was Wunder, wenn unter 14 Abgeordneten der nationalsozialistischen Arbeiterpartei kein eigentlicher Arbeiter sich befindet.

Mit besonderer Spannung erwartet man die kulturpolitischen Maßnahmen der künftigen Regierung, besonders auf dem Gebiet der Schule. Die Katholiken haben es mit einer doppelten Feindsfront zu tun, mit dem hier scharfen kirchenfeindlichen Sozialismus und dem antimokratischen liberalen Freimaurertum, das „bürgerliche“ Parteien und Nationalsozialisten gefinnungsmäßig beherrscht. Wir wollen sehen, inwieweit unser geringer Einfluß durch die Wirtschaftspartei uns zu Hilfe kommt.

In solchen Situationen wie heute sieht man, wie trost- und hilflos die politische Lage eines Landes ohne genügenden Einfluß des Zentrums werden kann.

8,5 Millionen Mark Hagelschaden im Jahre 1929

Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes sind im vorigen Jahre in Baden an 32 Tagen über insgesamt 312 Gemeindegemarkungen Hagelwetter niedergegangen, die auf einer Gesamtfläche von 42 142 ha einen Schaden im ganzen von 8 512 600 RM. verursachten gegen 4 023 000 RM. Gesamtschaden im Jahre 1928. Der Hauptanteil an Fläche und Schadenbetrug (78 bzw. 74 Prozent) entfällt auf den Monat Juli, mit 14 Hageltagen, 30 441 ha geschädigter Fläche und 6 278 000 RM. Schadensumme.

Aus der Partei

n. Aus der Zentrumspartei Konstanz. Aus Beamtentreisen wird uns geschrieben: Am letzten Donnerstag hielt der Beamteneirat der Zentrumspartei eine Versammlung ab, in der zu den gegenwärtigen Zeitfragen, die die Beamtenschaft angehen, Stellung genommen wurde. Nach einer Rundschau des Vorsitzenden, in welcher die wichtigsten beamtenpolitischen Vorgänge berührt und in das große politische Geschehen der Gegenwart hineingestellt wurden, setzte eine lebhafte und fruchtbare Aussprache ein. Diese fand ihren Niederschlag in der folgenden einstimmig gefassten Entschlieung: 1. Die Versammlung bekennt sich, in Verwirklichung der Volksgemeinschaftsidee, angeht die Not von Millionen von Arbeitslosen, zu einem außerordentlichen Opfer. Sie hätte es begrüßt, wenn auch aus solchen Kreisen, die hohe Einkommen haben, eine ähnliche Bereitwilligkeit laut geworden wäre. 2. Sie bedauert aber, daß auch Zentrumsmänner der Vorlage des Moldenhauer'schen Entwurfs zur „Reichshilfe“, der weder dem sozialen Gedanken noch der wirtschaftlichen Tragfähigkeit, besonders der unteren Beamtengruppen Rechnung trug, zugestimmt haben. Weiter war es nicht verständlich, weshalb die großen, in die Tausende von Mark gehenden Einkommen von dem „Moltopfer“ verschont blieben. 3. Die Versammlung fordert, daß auch bei dem zweiten abgeänderten Dietrich'schen Entwurf vor der endgültigen Annahme durch den Reichstag, besonders die untersten Besoldungsgruppen und kinderreiche Familien noch weiter gespart werden. Das Opfer, das die Beamtenschaft mit der „Reichshilfe“ bringt, und nicht wie andere Steuern abgewälzt werden kann, wird die Kaufkraft dieses Standes, mit der zahlreiche Gewerbe rechnen konnten, schwächen. 4. Die weiteren geplanten Maßnahmen gegen die Beamtenschaft, wie Erhöhung der Altersgrenze für Pensionierungen, Einführung des Besoldungsspargesetzes u. a. werden nicht die erwarteten finanziellen Erleichterungen bringen. Wenn immer in heftiger Art davon geredet wird, daß der Staat und die öffentlichen Verwaltungen zu viele Beamte beschäftigen, so muß demgegenüber auch einmal gesagt werden, daß man im Reichstag endlich einmal mit der Gefesfabrikation aufhören solle, wenn der Ruf nach Vereinfachung der einfachen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgänge im staatlichen Leben bis ins letzte Dorf hinein, ist unhörbar. Die Beamtenschaft lehnt solche Radikalkuren, wie beim Beamtenabbau 1923/24, weil sie unhumig sind, ab. Die weiteren Einsparungen müssen sich in natürlicher Weise entwickeln. Die Beamtenschaft, die in Ausführung der unzähligen Gesetze und Verwaltungsverordnungen bei den unstillen und schwersten Verhältnissen ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt, fühlt sich durch die fortwährenden Ungerechtigkeiten und nicht immer von objektiven Tendenzen begleiteten Angriffe in der Öffentlichkeit, verletzt. Es gibt auch bei der Groß- und Schwerindustrie einen über die Grenzen des Natürlichen hinausgehenden Verwaltungs- und Personalaufwand. 5. Die Versammlung bedauert, daß ein Teil der christlichen Arbeiterschaft in der letzten Zeit gegen den früheren Reichsfinanzminister Dr. Köhler Stellung genommen hat. Die Beamten sind bisher der Arbeiterschaft im Kampfe um Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage nie entgegengetreten. Die Versammlung anerkennt die fruchtbare Arbeit, die gerade Dr. Köhler für das Volksganze und im besonderen für das badi'sche Land in Berlin leistet.

Ämtliches

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.
 Verfehlt: Verwaltungsoberrat Paul Kern beim Bezirksamt Mühlheim zu jenem in Mannheim.
 Ministerium des Kultus und Unterrichts.
 Planmäßig angestellt: Verwaltungsassistent Wilhelm Effinger bei der Verwaltungsdirektion der vereinigten klinischen Anstalten in Freiburg.
 Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Oberlehrer Emil Schultes in Oppenau, A. Oberkirch; Hauptlehrer Martin Goller in Niederwinden, A. Waldkirch.
 Entlassen auf Ansuchen: Der Direktor der Medizinischen Klinik der Universität Freiburg i. B., Professor Dr. Hans Eppinger.
 Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Hauptlehrerin Luise Hall in Mannheim.
 Justizministerium.
 Verfehlt: Justizassistent Leonhard Rednagel beim Notariat Waldbrunn zum Notariat Breisach.
 Zur Ruhe gesetzt: Justizobersekretär Adam Gärtner beim Amtsgericht Heidelberg bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.
 Aebtritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Justizsekretär Adam Weder bei dem Landgericht Offenburg auf 1. Oktober 1930.
 Finanzministerium.
 Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes: Oberrechnungsrat Wilh. Hartmann bei der Landeshauptkasse.

Der neuneckige Aker

Von J. Schröngamer-Heimdal.

Ich sah in einem schattigen Wirtsgarten und freute mich nach langer Wanderung des kühlen Trankes und der schönen Aussicht, die sich mir von meinem Platze aus bot.
 Da fiel mir im Vorgelände ein seltsam geformtes Feldstück auf, ein Aker mit neun Ecken. Acker sind doch gewöhnlich vieredig. Einen neuneckigen Aker hatte ich noch nicht gesehen.
 Der Wirt, der mein Erstaunen bemerkt hatte, kam näher und fragte:
 „Nicht wahr, Sie wundern sich über den neuneckigen Aker da drüben? Da sind Sie nicht der erste, der darüber staunt. Und mit Recht: Wo in der Welt gibt es noch einen neuneckigen Aker, Nirgend! Dieser Aker ist ein Unikum in seiner Art, eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges, ein wahres Weltwunder. Aber ich weiß noch die Zeit, wo dieser Aker rechtlich vieredig war wie andere Acker auch, bis...“
 „Bis im Erb- oder Prozeßwege soviel Stücke von ihm weggerissen wurden, daß er heutzutage ausgerechnet neun Ecken hat.“ erlaubte ich mir ergänzend zu bemerken. Der Wirt sollte merken, daß ich in bäuerlichen Belangen kein heuriger Hase wäre, nicht daß er mir etwa einen Bären aufbände mit der Historie des neuneckigen Ackers. Aber schon beehrte er mich, vertraulich an meinem Tische Platz nehmend:
 „Das hat schon mancher gemeint. Aber es ist ein Irrtum. Von diesem Aker ist noch kein Rechtsanwalt, keine Gerichtsbehörde fass geworden wie sonst von Bauernäckern, die jahrelang in Kanzleien und Gerichtssälen herumgezerrt wurden. Wenn ich Ihnen die Geschichte erzählen darf, wie der Aker neuneckig wurde...“
 „Bitte!“
 „Wie ich schon sagte, war der Aker vor nicht allzu langer Zeit noch rechtlich vieredig. Ein guter, ertragreicher Aker mit leichtem, durchlässigem Lehmboden, auf dem jede Frucht aufs beste gedieh. Meine Frau hat mir den Aker mit in die Ehe gebracht. Ein schönes Erbstück, sage ich, und ich hatte meine helle Freude daran. Da kam eines Tages die Witwe Köffelberger, die mit den sieben Kindern, Ihren Mann hatte im Walde ein stürzender Baumstamm erschlagen. Und da bat die Witwe Köffelberger, ob wir ihr nicht ein Stück von dem Aker ablassen möchten zum Kartoffelflecken. Sie würde das

T ag un g e n

Zagung des Reichsverbandes Deutscher Hausfrauenvereine e. V. in Danzig

In den Tagen vom 24. bis 26. Juni fand in Danzig die zehnte ordentliche Generalversammlung des Reichsverbandes Deutscher Hausfrauenvereine, der Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen, statt. Die Tagung hatte das Gepräge einer nationalen Kundgebung des Verbundenseins zwischen dem deutschen Danzig mit dem deutschen Vaterlande.
 Am ersten Tage sprach Frau M. H. J. M. W. d. N. B. A., über „Verbraucherfragen in ihrer volkswirtschaftlichen Zusammenhänge“. In ihrem großangelegten Vortrag zeigte sie die Probleme der heutigen Wirtschaftslage, aber auch wie die Hausfrau in ihrer Arbeit helfen kann, die heutige Notlage zu erleichtern. Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:
 „Der Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine hat sich in der am 24. Juni 1930 in Danzig stattgefundenen Generalversammlung in Erkenntnis der schweren Wirtschaftslage Deutschlands, in ihrer Auswirkung auch auf die sozialen und kulturellen Belange, mit den Fragen beschäftigt, die einer Hebung der wirtschaftlichen Lage und damit einer Stärkung der Volkswirtschaft dienen können.
 Der RDG. begrüßt das einmütig ausgesprochene Verlangen aller verantwortlichen Schichten unseres Volkes zu größter Sparamkeit im öffentlichen Leben.
 In der bestmöglichen Preis- und Kostensenkung steht der RDG. ein wirksames Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit und damit den Beginn der Gesundung des Wirtschaftslebens.“
 In Verbindung hiermit ist die Stärkung des Binnenmarktes durch bevorzugten Einkauf deutscher Waren nationale Pflicht der Hausfrauen.
 Ferner erachtet der RDG. eine Einschränkung übermäßiger und ungezügelter Luxusbedürfnisse für das Gebot der Stunde.
 Wir beurteilen den durch übersteigerte Neelame künstlich erzeugten Kaufmangel, der in keinem Verhältnis steht zur tatsächlich vorhandenen Kaufkraft breiter Schichten.
 Zielbewußtes gemeinsames Handeln der schicksalsverbundenen Zweige deutscher Wirtschaft: Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Einzelhandel, der Arbeitergeber und Arbeitnehmer gehen uns Hoffnung und Zukunft einer durchgreifenden Besserung. Der RDG. folgt dem Ruf zur Mitarbeit.“
 Am Abend sprach Professor Dr. S. Heyde-Kiel, M. d. N. B. A., in der Aula der Technischen Hochschule über „Geistige Strömungen in Wirtschaft und Sozialpolitik“. Prof. Heyde gab einen geistvollen Überblick über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erörterungen, die dem wirtschaftlichen, geistigen und staatspolitischen Leben heute das Gepräge geben.
 Nachdem am ersten Verhandlungstage der Geschäftsbericht über die beiden letzten Jahre erstattet worden war, der ein erfreuliches Wachstum der Organisation und die große Vielfältigkeit der geleisteten Arbeit aufwies, beschäftigte man sich bei den weiteren Verhandlungen nach Erstattung der verschiedenen Kommissionsberichte in teilweise sehr lebhafter Diskussion mit der Mitarbeit der Frau bei den Fragen des Bau- und Wohnungswesens, der systematischen Hausgehilfenausbildung (Rehringwesen und Hausgehilfengeh.) und der Frage der Hauswirtschaftsmeisterin, mit den Aufgaben volkswirtschaftlicher Auffklärung und insbesondere mit dem Fortschritt der Arbeit der Berufsverbände des Reichsverbandes in Leipzig.

Der 33. Bundestag des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten

In den letzten Junitagen hielt der Reichsbund der Zivildienstberechtigten seine diesjährige Bundestagung in Stuttgart ab. Die Tagung ließ deutlich erkennen, unter welcher starken Spannungen die deutsche Beamtenschaft im allgemeinen und die Zivildienstberechtigten unter ihnen im besonderen stehen.
 Wenn auch die Krise, mit der sich die deutsche Beamtenschaft z. Z. auseinandersetzen hat, nicht unmittelbar auf die Zivildienstberechtigung einwirkt, so war doch deutlich zu erkennen, wie sehr die Zivildienstberechtigung als die Anstellung der aus dem staatlichen Wehr- und Ordnungsdienst ausscheidenden Staatsdiener im zivilen Staatsdienst gekennet wird durch die Maßnahmen, die die Regierung innerhalb der öffentlichen Verwaltung durchzuführen gedenkt.
 Die Bedeutung dieses Problems wurde in eindringlicher Weise durch Herrn Minister a. D. Dr. Gehler herausgearbeitet.

Minister Dr. Gehler, der selbst hervorragenden und entscheidenden Anteil am Aufbau der deutschen Wehrmacht und damit der Zivildienstberechtigung hat, untersuchte in längeren Ausführungen die Zusammenhänge zwischen Wehrmacht und Zivildienst und kam zu dem mit absolut schlüssigen Beweisen unterstrichenen Feststellung, daß Wehr- und Ordnungsdienst des Staates unmöglich reibungslos funktionieren können, wenn die Ersatzlieferung der Soldaten und Polizeibeamten für die Zeit nach dem erzwungenen Ausscheiden nicht gewährleistet ist. Minister Dr. Gehler betonte nachdrücklich, daß er seinen Betrachtungen nicht die Wünsche der Versorgungsämter zugrunde lege, sondern daß die Interessen des Staates im Mittelpunkt seiner Untersuchungen stünden.
 Wenn man aber, vom Staat aus gesehen, zu diesem Ergebnis kommen müsse, dann sei es höchst betrüblich, daß so manche deutsche Amtsstelle nicht nur den Respekt vor der Majestät des Gesetzes, das die Rechte der Versorgungsämter schützt, verloren zu haben scheint, sondern daß man bei der Handhabung der Zivildienstberechtigung durch die Anstellungsbehörden auch erkennen könne, wie sehr selbst manche Amtsstelle ihre Einstellung nicht vom Staate aus finde, sondern von ihren eigenen örtlichen oder sonstigen behördlichen Bedingungen.

Die Ausführungen des Ministers wurden durch bekannte Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Behördenvertreter nachdrücklich unterstrichen.
 Konferenz der süddeutschen Kinderheilstätten.
 Zu Wangen im Allgäu traten am 25. Juni die Vorstände und leitenden Ärzte der katholischen Kinderheilstätten Süddeutschlands zu einer Konferenz zusammen, um gemeinsame Angelegenheiten zu beraten. Es wurde insbesondere die schwierige Lage erörtert, in die die Heilstätten infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage geraten sind. Es wurde bedauert, daß immer noch neue Heilstätten in Deutschland errichtet werden, hauptsächlich von Versicherungsträgern. Auf Seiten des Publikums herrscht auch immer noch die Ansicht, daß man nach Danzig gehen muß, um immer noch die Ansicht, daß man nach Danzig gehen muß, um von einer Tuberkulose geheilt zu werden, während heute in Deutschland die gleichen Heilerfolge in guten Heilstätten erzielt werden wie in der Schweiz. Dazu haben die deutschen Heilstätten den Vorzug, daß sie viel billiger sind als die ausländischen. Aus der Tagung heraus entwickelte sich eine Arbeitsgemeinschaft der drei Kinderheilstätten Wangen, Mittelberg und Friedenweiler.

50. Verbandstag des Deutschen Fleischerbundes. Ansprache des Ministers Schäfer.

Berlin, 9. Juli. (Eigene Meldung.) Der 50. Verbandstag des Deutschen Fleischerbundes, zu dem über 1300 Delegierte nach der Reichshauptstadt gekommen waren, nahm heute früh seinen Anfang. Unter den Ehrgästen bemerkte man u. a. den Reichsernährungsminister Dr. Schäfer. Nach Eröffnung durch den Reichsverbandsvorsitzenden Gerner sprach Minister Dr. Schäfer. Er dankte für das Solidaritätsbekenntnis des Fleischerbundes zu der deutschen Landwirtschaft und stellte Maßnahmen zur Lösung des Fettproblems und der Agrarfragen in Aussicht. Um den Fettüberfluß in Deutschland zu beseitigen, würden, ähnlich wie der Belzenbeimahlungsangriff, auch auf diesem Gebiet gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden. Außerdem würden in Berlin und im Reich die drei Fleischmelgen geschaffen werden, um der Einfuhr ausländischer Fett entgegenzutreten zu können. Das Agrarprogramm sei von so entscheidender Bedeutung, daß die Regierung nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurückzusehen werde, um so die Wirtschaftskrise zu lösen.

Wie eine Gemeinde den Pfarrherrn ehrt.

Auf, 9. Juli. In seltener Weise brachte die Gemeinde Lauf (Amt Wühl), ihre Verehrung und Dankbarkeit für den Pfarrer im Silbertranz, P. S. P. Farrer Fischer, zum Ausdruck. Gelegentlich eines Fadelzuges am Samstag gab Bürgermeister Hummel vor dem reich geschmückten Pfarrhause die Ernennung des Pfarrherrn zum Ehrenbürger von Lauf bekannt, was mit feierlichem Beifall aufgenommen wurde. Kirchenchor, Musik- und Gesangsverein verabschiedeten die Pfarrherrn durch ihre Vorträge. Beim sonntäglichen Festgottesdienst hielt der P. S. Dr. Schulds-Freiburg, der wie der Jubilar, aus Württemberg stammt, die Festpredigt. Im Rats-Saal fand ein gemeinsames Mittagessen statt, wobei Defan Weist. Rat und Stadtpfarrer Adol. Wühl, sowie Landrat Willmaier den hochw. Jubilar herzlich beglückwünschten. Der Nachmittag brachte eine erhabende Gemeindefeier im St. Josefshause. Auch hier atmeten alle Ansprachen nur Liebe und Verehrung für den Pfarrherrn, dem von allen Seiten Glückwunschtelegramme und -schreiben zugegingen, so vom Herrn Innenminister Wittmann und dem P. S. Generalvikar Dr. Sejer.

geliehene durch Tagwerken abarbeiten. Meine Frau aber schüttelte den Kopf und sprach: Hier wird nichts abgearbeitet. Die Witwe Köffelberger soll ein Stück Aker umsonst haben und zwar soviel, daß sie Kartoffel genug hat für ihre sieben Waisen. Heute noch fahren wir zum Aker und lassen ihr den oberen Streifen dort, wo jetzt der schmale Rain entlang läuft, verschreiben. Und so geschah es auch.“
 „Hut ab vor Ihrer Frau! Und da sind wohl die ersten Ecken in den Aker gekommen?“
 „Nein, damals noch nicht. Wir trennten einen geraden Streifen ab, so daß an der Form des Ackers nichts geändert wurde. Die ersten Ecken kamen in den Aker, als der Söldner Sepp beim Böllerschützen am Fronleichnamstag den linken Arm verlor. Da war es wieder meine Frau, die zu mir kam und sprach: Dem armen Menschen könnte ein Stück von unserm Aker nicht schaden. Wir haben noch Land genug und das Wirtsgewerbe nährt auch seinen Mann. Damals kam das erste Eck in den Aker.“
 „Sie haben eine gute Frau, Herr Wirt.“
 „Ja, so gut, daß ich mich schämte, nicht selbst auf den Gedanken gekommen zu sein. Aber ich nahm mir heilig vor, wenn wieder einmal ein Unglück passierte, dann bin ich der erste, der ein Stück Akerland auf die Wunde legt. Wie es schon sein will, stürzt einige Zeit darauf der Roggnest vom Lugerbauern von der Hochtenne und wird zum Krüppel. Da ist dann wieder eine Ecke in den Aker gekommen...“
 „Respekt, Herr Wirt. Diesmal haben natürlich Sie, Ihrem Vorfatze gemäß, den Anstoß zu der Schenkung gegeben? Und was hat Ihre Frau dazu gesagt?“
 „Sie hat mich vor allen Leuten umarmt: „Jetzt weiß ich,“ hat sie gesagt, „daß du auch ein rechter Christenmensch bist, so wie es der Heiland haben will.“ Und nachher ist wieder eine Ecke in den Aker gekommen, wie das Kreuzbrade und grundgeseitete Biblein von unserm Waldhirten das Studieren hat angefangen. Da hat der Pfarrer den Weg zu uns gefunden und gemeint: Der Aker war jetzt doch schon verpfuscht, ein Eck mehr oder weniger mache nicht mehr aus. Das Studieren koste Geld, er täte selbst sein Möglichstes für den armen Studenten, und wer weiß, der Aker nicht ein richtiges Segensgeld für uns würde, wie denn auch geschah.“
 So sind mit der Zeit die Ecken in den Aker gekommen.“
 „Alle Hochachtung, Herr Wirt! Ich zweifle nicht, daß sich Eure Gutherzigkeit reichlich gelohnt hat.“

„Direkt nicht, aber indirekt. Wir haben keinen Lohn erwartet, aber Gott hat es selbstamerweise gefügt, daß der Aker uns auch reichen irdischen Lohn eingetragen hat und noch weiterhin einträgt. Denn wisset, so wie Euch, so ist noch jedem Fremden der neuneckige Aker in die Augen gefallen. Und die Leute, die die Geschichte kennen, wie der Aker neuneckig wurde, kommen immer wieder, schauen sich das seltsame Feldstück an und machen sich ihre Gedanken dabei. Und all diese Leute, deren Wiederkommen ich nur dem Aker zu verdanken habe, machen eine gute Sache, von der ich meinen irdischen Gewinn habe, den ich sonst nicht hätte, wenn der Aker noch vieredig wäre wie früher.“
 „Es bleibt ewig wahr, Herr Wirt: Wohltun trägt Zinsen, ob so oder so...“
 „Ja, und ich hab mir schon oft gedacht: Wenn es überall neuneckige Acker gäbe, hätten wir den Himmel schon auf Erden...“

„Der Hage Zeitgenosse.“ Unter diesem Titel erscheint demnächst im Riels Kampmann Verlag ein neues Buch des Heidelberger Kritikers und Literaturhistorikers Rudolf K. Goldschmidt, das eine umfangreiche Sammlung von etwa 200 Festreden der Literatur-, Musik- und Kunstgeschichte darstellt. Das Buch vereinigt Festreden über alle wesentlichen Gestalten der Geistesgeschichte von Shakespeare und Bach bis Stefan George. Es ist amüsant zu lesen und zugleich erschütternd in der Dokumentierung menschlichen Treues und Palswertens. Es bietet zugleich zum ersten Male in diesem Umfang Material zum Wandel des ästhetischen Geschmacks der letzten Jahrhunderte, dessen Probleme in einem eingehenden Wortort Goldschmidt zur Diskussion gestellt werden. Wir werden auf das Buch noch zurückkommen.

Am Strande. „Sie haben ja einen ausgezeichneten Hund! Der bewacht Ihre Kleider wirklich gut.“ — „Ja, das tut er! Nur schade, daß es nicht mein Hund ist. Ich siehe hier nämlich seit zwei Stunden und kann nicht an die Sachen heren.“

Spätes. „Papa, schenke mir doch eine Mark, ich möchte mir gern die Nierenklänge ansehen!“ — „Du bist doch zu verdammt reich! Nimm doch dein Vergrößerungsglas und betrachte einen Regenwurm!“

Beim Kaufmann. „Sehen Sie mal, Herr Meier, ich habe mein ganzes Kleid an Ihrem Ladentisch runter!“ — „Aber haben Sie denn nicht das Schild: Nicht gestricheln!“ — „Darauf gab ich natürlich nicht! Hier haben Sie ja auch ein Schild: „Reiße Sie“, und es stimmt nicht!“

Sauft über Danzig

41 Roman von Leonine von Winterfeld-Platen — Copyright Greiner & Co., Berlin NW. 6

Am starren, weißleidenen Brautkleid steht Antje Borde. Sie steht nicht so steif und kerzengerade wie damals, als Mühe Dörte es ihr in Leba anpaßte. Sie hat das Haupt mit den wunderbaren, rehräuben Flechten ein wenig gebeugt, als trüge sie eine Last. Die Haut, die über Danzig liegt, läßt auch sie sich neigen in stiller Not.

Heute stehen nicht wie damals sieben breite Lichtstrümpfe auf dem Estrich um sie her.

Ist es wirklich noch kein Jahr vorüber, seit sie in Leba so stand? Und ist es ihr doch, als lägen Jahrzehnte zwischen damals und heute.

Nun ist ihr Hochzeitstag so schnell und jäh gekommen durch Not und Tod. In Weichselmünde hat es die letzten Tage fürchterliche Verluste gegeben. 300 bis 400 Tote an einem einzigen Tage. Denn Stephan Bathory ist zum Sturm vorgegangen gegen die Festung. Und immer neue Verstärkungen müssen heran aus Danzig. Denn während der heftigen Kanonade, die die Aufmerksamkeit der Belagerer ablenken sollte, sind die Polen auf Booten hinter der Biegung der Weichsel unterhalb der Festung auf das rechte Weichselufer gelangt. Fünfundfünfzig sind sie schon hin und her gefahren und haben die Mole besetzt, ehe die Danziger es merkten.

Es gab ein Kämpfen bis aufs Blut, bis die Dunkelheit einbrach. Während der Nacht hatten die polnischen Landsknechte auf der Mole Verstärkung bekommen und gingen bei Morgengrauen abermals zum Angriff über. Sie vertrieben die Danziger aus ihrer neu angelegten Uferbefestigung und drangen bis zum Festungsstrand vor.

Immer furchtbarer wurden die Verluste. Selbst auf der See schwammen die Leichen, die das Weichselwasser mit heruntergetrieben. Und nun ging es wie ein Schredensschrei in Danzig von Mund zu Mund. „Auch der Stadtkommandant, der Oberst Winkelburg von Kölln, ist gefallen!“ Und so viele Führer sind verumdet.

Auch Klaus Beldke bekommt den Befehl, in der Abendstunde mit seinem Fähnlein auszurücken zur letzten Nacht. Es sind nur noch wenige Stunden, die er noch Zeit hat.

Vorm Hochaltar zu St. Marien knien Klaus Beldke und Antje Borde. Ein weiches Sommerlicht fällt durch die hohen, bunten Scheiben und füllt das ganze Schiff der Kirche, daß nur die tiefen Nischen und fernsten Winkel im Dämmer bleiben.

Jetzt legt der Priester ihre Hände zusammen und segnet sie. Reife singt die Orgel. Immer noch knien sie wie die Steinfiguren auf den Grabplatten von St. Marien.

Draußen gießt sich ein Wetter zusammen. Wolken ersticken die Sonne, und man hört fernes Donnerrollen.

Dann schweren, stampfenden Schritt vieler Männer auf dem Pflaster draußen. Sein Fähnlein tritt an, den Führer zu erwarten.

Im hohen Portal steht Klaus Beldke und küßt die Hand seines Weibes zum Abschied.

Wieder muß sie an den Erzengel Michael denken, als sie ihn in Wehr und Waffen von sich gehen sieht. Es ist ihr, als würde ein eisernes Band gepreßt um ihre Brust, und sie muß sich anlehnen gegen die hohe Kirchtür. Sie hört einen irdischen Kommandantur hinrücken über die Helme der Landsknechte und dann ihren eisernen, wuchtigen Schritt verhallen im Dämmer des Sommerabends. Frau Katharina und Bertie treten hinzu und geleiten die jüngste Beldkeerin heim ins Beldkehaus.

*

Die Nacht geht ein furchtbares Gewitter nieder über Danzig. Und am nächsten Morgen hat ein stiller, grauer Regen alles in seine Schleier gehüllt. In der Stadt geht die Kunde, daß der Kampf an der Weichselmünde wegen des schlechten Wetters ruhen müsse. Es ist wie ein leichtes Aufatmen, das durch alle Frauenherzen geht.

Aber nach zwei Tagen wird es anders. Der Regen hat aufgehört, und ein stiller, grauer Augusttag wartet auf Sonne. Und da hört man auch klar und deutlich von Weichselmünde herüber wieder das Donnern der Geschütze.

Antje wird es zu eng im Hause, sie kann es einfach nicht mehr aushalten. Sie bindet ein dunkles Tuch über ihr kurzes Hauskleid und läuft zum Hafen herunter. Sie muß irgendwo und irgendwoher Kunde bekommen von Weichselmünde.

Am Mottlauhafen stehen schon viele Frauen. Sie haben sich zusammengescharrt wie Vögel im Sturm und starren mit großen, tränenerfüllten Augen stromabwärts. Dahin, von wo das Donnern der Geschütze dröhnt. Immer noch ist der Himmel grau und verhangen, aber es regnet nicht mehr. Durch den Laufgraben, der die ganze Bootsmannschaft von der Weichselmünde Schanze bis zur Stadt Danzig entlang führt, kommt ein düsterer Zug. Landsknechte tragen auf ihren Schwertern den toten Oberst Winkelburg von Kölln. Sie haben einen Mantel über sein zerichoffenes Gesicht gebreitet, und wo sie gehen, scheidet rotes Blut zur Erde.

Jetzt weinen die Frauen auf, und viele knien nieder, als der tote Stadtkommandant vorübergetragen wird, der sein Leben ließ für Danzig. Frau Antje preßt die Hände gegen den Mund, um nicht laut zu schreien vor Not und Qual. Und dann hört sie mit weit aufgerissenen Augen, was die Landsknechte erzählen.

Es ist den Polen gelungen, eine schmale, leichtgezimmerte Brücke von Holzstämmen zu schlagen über den Strom. Nun können sie ihre Mannschaften auf der Mole, auf dem großen Weichselufer, immer neu verstärken.

Das wird Danzigs Not!

Sie alle kennen die gewaltige Bedeutung dieser Tat. Alles kommt jetzt nur darauf an, diese polnische Brücke zu vernichten. Mit großer Mühe versuchen die Danziger, zwei brennende Weichselfähne, die sie mit Wech, Teer und Strauchwerk beladen haben, gegen die Brücke zu treiben und diese damit zu zerstören. Aber der Wind ist ihnen zuwider. Wild treibt der Wind die brennenden Rähne gegen ihre eigenen Schanzen. Mit langen Stangen müssen sie die eigenen Rähne abwehren, um ihre Befestigungen zu retten.

Und die polnische Brücke steht!

Und die Polen lachen und spotten ihrer und kommen Mann für Mann an das andere Ufer.

Und frohlocken, daß ihnen nun gleich der Weg offensteht nach Danzig, denn furchtbar wütet der Tod in den Reihen der Danziger.

So erzählen die Landsknechte, die zum Teil selber schwer verwundet sind, den atemlos lauschenden Frauen. Antjes Blide irren über den Hafen.

Ist denn da keiner, der helfen kann? Gibt es keine Schiffer mehr, die den Mut haben, diese furchtbare, todbringende Brücke zu zerstören?

O, Schiffe liegen genau im Mottlauhafen! Große, schwere Danziger Schiffe und lange Weichselfähne. Aber es sind keine Männer mehr da, die sie steuern können. Leer und verlassen liegen die Schiffe, denn alle Männer von Danzig stehen bis zu den Knöcheln im Blut am Uferstrand von Weichselmünde. Oder ist es das Tor des Todes?

Heute ist sogar Bertie mit ausgerückt, den man sonst wegen Schwächlichkeit immer zurückgestellt und anderweitig verwendet hat.

Antjes irrer, suchender Blick fällt auf das schwere, plumpe Schiff des Holländers. Und sie sieht oben auf dem Deck Piter Grootje gehen, die Hände in den Hosentaschen, zu untätiger Ruhe verurteilt.

Und sie steigt über die schwanken Bretter vom Bollwerk aus hin zu ihm. Der Wind hat ihr das Tuch vom Kopf gerissen, die Haare hängen ihr zerzaust um das weiße Gesicht.

Beim Kommandeur der Güterwagen

Der Herr der Gleise und der König der Weichen. — Sommerberg und Winterberg. — Wagen, die sich selbst rangieren.

Unser Berliner St.-g.-Mitarbeiter hatte Gelegenheit, die interne Organisation und die Abwicklung des Güterzugverkehrs auf einem der größten Rangierbahnhöfe Deutschlands, Verschiebebahnhof Wustermark, zu beobachten und erzählt, was er dort sah.

Noch schläft alles, und nur Spägen und Drosseln sind Gejellen des frühen Tages. Am Bahnhof der einsame Herr ist der Oberinspektor der Reichsbahndirektion, in dessen Obhut ich über gefährlich Rangiergleise wandern soll, und der Zug wirkt in der Leere des Sommermorgens völlig unmotiviert.

Unser Besuch gilt „Wur“. Denn so heißt in der Sprache der Bahner der Rangier-, Verteilung, der Verschiebebahnhof Wustermark. Er ist einer der größten. Und dort regiert der Kommandeur der Güterwagen.

Wenn man ihn bei der Arbeit sehen will, muß man früh aufstehen; denn ob zwar „er“ eine Mehrzahl ist, gebildet aus einer Reihe abförender Beamter, und somit an sich 24 Stunden pro Tag angetroffen werden kann, ist es doch richtig, „ihn“ zu einer Zeit zu besuchen, wo er vor Arbeit nicht aus den Augen sehen kann.

„In „Wur“ gefällt sich zu uns der Leiter des Verschiebebahnhofs, der schon wieder (oder noch immer) im Dienst ist, denn folgt ein feierlicher Aktus, bei dem ich durch Unterschrift erkläre, auf sämtliche Anträge zu verzichten, falls mich eine Lokomotive frißt, und dann geht die Sache los.

Wir finden „ihn“ auf dem „Sommerberg“ oder vielmehr dort daneben auf dem Abhang des „Winterberges“. Er hat einen langen, schmalen Zettel in der Hand; vor ihm passiert die unendliche Reihe der Güterwagen Reue. Hinter ihm erhebt sich ein kleines Haus, gepflastert mit Telefonen, Lautsprechern, Schaltern und Signalhebeln. Zu seiner Rechten wie zu seiner Linken wimmelt es von Gleisen; nur gerade vor ihm verjüngt sich das verschörkelte Gebilde aus blinkendem Stahl zu zwei Gleisen, von denen das eine über den Gipfel des Sommerberges, das andere über den des Winterberges führt. Rechts die Gleise liegen schon grade ausgestreckt, immer eines neben dem andern, links aber verzweigen sie sich wie die Finger einer Hand. Denn rechts sind die Anfahrtsgleise, die die Züge von Hamburg, Bremen, Hannover und dem Verschiebebahnhof Seddin aufnehmen, gewissermaßen also der „Bahnhof“, links die Verteilungsgleise, auf denen sich die Zugteile sammeln und zu neuen Zügen vereinigen; dazwischen aber liegen die beiden Abfahrtsberge, über die jeder Güterwagen hinüber muß, Sommerberg und Winterberg, genannt nach ihrer verschiedenen Höhe. Denn im Winter, bei Schnee und Eis und starkem Frost, laufen die Wagen schlechter als im trockenen Sommer, und so muß der Abfahrtsberg für die Winterzeit höher sein als für die Sommerzeit. Grundfänglich ist uns das Verfahren bekannt: eine Lokomotive drückt von hinten her die Wagen über den Abfahrtsberg, ein Mann mit einer Stange hebt die Kupplungen aus, und dann rollen die Wagen durch ihre eigene Schwere die schiefe Ebene abwärts auf die Verteilungsgleise.

„Sind diese Berge denn praktikabel?“, wage ich „ihn“ endlich anzureden. „Früher stieß man die Wagen doch einfach mit der Lokomotive ab!“

Als Antwort bekomme ich gleich ein Privatissimum: „Erstens geht es so besser, und zweitens schneller. Beim Abstoßen bekommt der Wagen einen Schubs und natürlich auch die Fracht, die darin ist; die wird dadurch nicht besser. Hier oben aber — sehen Sie einmal her — kommt der Wagen ganz allein ins Rollen, und das schon das Gut. Jetzt, sehen Sie, fährt er schneller und schneller und hat nun die Geschwindigkeit, um nötigenfalls bis ans Ende des Abstellgleises zu laufen. Denn unser Bahnhof ist — 4 1/2 Kilometer lang; da können Sie sich ausrechnen, was für einen Puff der Wagen andernfalls von der Lokomotive kriegen müßte.“

Dann geht es aber auch rascher in der Abfertigung, und ich will Ihnen das mal erklären. Hier rechts in den Zügen, die vom Norden und Westen Deutschlands kommen, sind ja nicht nur Wagen für Berlin, sondern für alle Teile des nordöstlichen bis südöstlichen Reiches nebst allen fremden Staaten, also Polen, Tschechoslowakei usw. Diese Wagen fischen wir hier raus und sortieren sie, genau so wie das die Post mit ihren Briefen macht. Wir kriegen die Züge schon vorfortiert. Je weiter weg die Empfangsstation, desto weiter hinten im Zuge der Wagen. Was zwischen Hamburg und hier ankommen soll, ist schon abgehängt, für Berlin hängen wir hier ab.

Aber wir tun noch mehr. Erstens fortieren wir die Berliner Wagen nach den einzelnen Vororten und Bezirken, zweitens die weiterlaufenden nach den Richtungen. Hier links die Gleise sind die Basis für die neuen Züge, jedes Gleis sammelt sich einen neuen Zug. Passen Sie auf; jetzt dieser Wagen ist befehl „Frag“ — also muß er nach Gleis 104, wo der Zug Dresden—Tetschen—Bodenbach—Frag gesammelt wird. Er stammt an sich aus dem Zug von Hamburg. Dort hinten rechts steht schon der Zug von Bremerhaven; darin sind auch Wagen für Prag, die wir dann von hier ebenfalls nach Gleis 104 laufen lassen.

„Piter Grootje, Ihr müßt die Segel hissen und strom abwärts fahren! Sofort — noch diese Stunde. Wir müssen die Brücke zerbrechen, wenn es sonst keiner tut!“

Er spuckt über Bord und preßt ihre Hand. „Bei Gott, Jungfrau Borde, wie seht Ihr aus? Und was habt Ihr vor?“

„Sicht die Segel, Piter Grootje, denn es geht um Danzigs Leben!“

„Es sind meine Leute in der Stadt und würden mir auch nimmer helfen, Jungfrau Borde. Denn was schiert die Holländer Danzigs Not?“

„Bei der Seele meiner Mutter, Piter Grootje, Ihr müßt fahren! Wir brauchen keinen Eurer Leute dabei. Der Wind geht wild in die Segel, wenn wir sie hissen, und treibt das Schiff ganz allein. Wie oft bin ich mit den Schiffen gefahren auf dem Vebafee und weiß mit allen Segeln wohl Bescheid. Ich helfe Euch!“

Piter Grootje sieht den heiligen Ernst in ihrem Gesicht und den eisernen Willen. Und da kommt es wie Scham über den alten Seebären, daß er hier so müßig der Ruhe pflegt, indes es da draußen um Tod und Leben geht.

Es ist eine so zwingende Gewalt in ihrer Stimme, der er sich beugen muß. Und jäh beginnt den alten Abenteurer dies selten kühne Wagnis zu loden.

(Fortsetzung folgt.)

Doch das muß rasch gehen. Jetzt haben wir rechts schon acht Züge stehen, die inzwischen angekommen sind. Die machen jetzt Bremskontrolle und überholen jeden Wagen auf Defekte, und mittlerweile geht der Zettelschreiber die Züge ab und macht die Listen. Er vergleicht, ob die Papiere stimmen, notiert die Wagennummern und Bestimmungsstationen und sortiert die Wagen von vorn nach hinten vor. Er schreibt (aus dem Kopf natürlich) auf eine Liste, wieviel Wagen auf welches Gleis müssen, und macht gleich mehrere Durchschriften. Die Listen werden verteilt, zu mir, zum Weichensteller, zum Hemmschuhleger. Wenn die Wagen dann ablaufen können, wissen wir alle ganz genau, wohin die Wagen gehen, und können sie Schlag auf Schlag folgen lassen.

Haben Sie eben acht gegeben? Der Hamburger Zug hatte 59 Wagen — jetzt sind sie alle schon unten — die ganze Sache hatte nur 12 Minuten gedauert. Die Lokomotive fährt jetzt auf dem Umwegungsgleis zurück und holt von hinten her den Bremerhavener Zug. Da hat sie ihn schon. Ich stelle jetzt das Signal senkrecht, d. h.: „stark drücken“; jetzt kommt er heran; nun haben wir den ersten Wagen hier, und ich lege das Signal schräg auf: „langsam drücken“, weil jetzt die Wagen ablaufen sollen. Er fährt langsam weiter — etwa 4 km Stunden —; kommt mir eine Störung dazwischen, drücke ich hier nur auf den Knopf, und dann springt das Signal wagerecht auf „Halt“. Uebrigens hat das Stellwerk auch solchen Knopf und kann den Zug sofort halten lassen, aber fahren lassen kann ich ihn nur von hier.

So, junger Mann, und nun werden Sie auch verstehen, warum es so schneller geht. Hier, sehen Sie, läuft ein Wagen ab. Jetzt ist er dicht vor der ersten Weiche, und schon läuft hier der nächste Wagen ab. Nun ist der erste über die Weiche weg — sehen Sie hin: das Stellwerk wirkt die Weiche herum, elektrisch natürlich — und jetzt läuft der zweite Wagen darüber. Haben Sie beobachtet, wie kurze Zeit die Weiche blockiert war? Und nun früher! Da stieß die Lokomotive ab und mußte mit allen Wagen noch ein Stück weit über diese Weiche megfahren, bis der Hstokswagen den richtigen Schwung hatte, und dann mußte sie bremsen, zurückfahren und von neuem puffen. Die ganze Zeit über war die Weiche blockiert, und es dauerte überhaupt eine ziemliche Weile, bis der zweite Wagen folgen konnte.

Mit den Abfahrtsbergen können wir hier bequem 60 Züge im Tag abfertigen, und der Aufenthalt bei uns ist keinesfalls länger als vier Stunden, meistens kürzer. Es geht rasch, immer ein Zug nach dem andern. Rechts fahren sie ein, dann über den Berg und dann links in die Verteilung — acht bis fünfzehn Minuten jeder Zug. Und dann ganz hinten links (aber das können Sie von hier aus nicht sehen) noch einmal ein Abfahrtsberg; weil wir nämlich im neuen Zug die Wagen auch wieder sortieren müssen.

Ich bedanke mich und wandere zum Stellwerk. Unterwegs, am Fuße des Sommerberges, sehe ich einen Mann, der ab und zu einen Wagen durch einen Hemmschuh bremst. „Was macht denn der hier?“ frage ich meine Führer, „der nimmt ja den ganzen Schwung wieder fort!“

„Nein, er regelt nur den Abstand zwischen den Wagen. Hier springt der Hemmschuh schon wieder aus der Schiene, und die Bremsung ist nur sehr kurz. Man macht das, wenn sich die Wagen zu dicht folgen, damit das Stellwerk Zeit zum Weichenlegen hat, oder wenn die Wagen sehr schwer beladen sind, damit sie keine langsameren Wagen unterwegs einholen. Uebrigens gibt es dafür auch mechanische Bremsen, die neben der Schiene liegen und die Radtränge zwischen ihre Räder pressen.“

Im Stellwerk herrscht Schweigen. Zwei Beamte legen die elektrischen Knöpfe nach rechts, nach links, wie es der Rangierzettel vorschreibt; klingeln ist der einzige Laut, der den Raum durchgittert. Es geht wirklich „wie geschmiert“, und die Weichen fliegen hin, her, hin, hin. Ein Beamter legt die vorderen, nahen Weichen, der andere die hinteren.

Ich frage nach einer Weile stillen Schauens: „Sollte es nicht möglich sein, diesen Betrieb zu vereinfachen? Wenn Sie, ichon wissen, wohin jeder Wagen laufen soll, müßte man doch einen Apparat erfinden können, der die Weichen selbsttätig der Reihenfolge nach stellt. Eine Art — Addiermaschine, meine ich, mit Knöpfen zum Drücken und mit Schienenkontakt; wenn der Wagen daran vorbeifährt, stellt er die Weichen automatisch für den nächsten.“

„Sie sind ein großer Erfinder, Herr.“ lacht der König der Weichen, „aber trotz der frühen Morgenstunde ein bisschen zu spät aufgestanden. Sotwas — gibt's nämlich schon, zwar nicht hier, aber in Hamm und in Duisburg und in Bremen und im Ausland. Und zwar teils genau so, wie Sie sich's gedacht haben, und teils auch anders. Schaltbecher nennen wir sie, und sie machen die halbe Rangiererei alleine, mit anderen Worten, die Wagen rangieren sich selbst. — Also damit ist es nichts mehr. Aber vielleicht erfinden Sie was anderes; Sie scheinen ja ganz tüchtig zu sein.“

Und damit klopft er mir anerkennend auf die Schulter und läßt mich stehen.

HANDEL - WIRTSCHAFT - VERKEHR

Gelungene Preisabbauversuche der Post

In der Verwaltungsratsitzung der Reichspost wurde von dem Gesandten Boden über das

Arbeitsbeschaffungsprogramm

Bekanntlich sollen jetzt für 200 Millionen Mark Aufträge herausgegeben werden. Die Reichspost sei zu dieser Auftragserteilung in die Lage versetzt durch Einsparungen, Anleihen und einen Vorruf auf 1931. Bis zum 1. Oktober kämen noch 100 Millionen Mark aus der Young-Anleihe und 100 Millionen Mark aus noch zu begebenden Schatzweisungen herein. Von dem Gesamtanleihebedarf von 424 Millionen Mark seien damit 373 Millionen Mark gedeckt. Reichspostminister Schätzel erklärte,

die Verhandlungen mit der Kabel- und Schwachstromindustrie hätten zu der gewünschten Preissenkung geführt.

Dieser Preisabbau sei jedoch bereits seit einem Jahr in Fluß. Er belaufe sich auf 10 bis 12 pCt. einschließlich der neuerdings zugestandenen 5 pCt. Bei der Automobilindustrie seien die Preise gleichfalls um 10 bis 12 pCt. gesenkt worden. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungen auch mit dem Bauwerke zum Erfolg führen. Alle Firmen haben sich verpflichtet, für die Zusatzaufträge der Reichspost neue Arbeiter durch Vermittlung der Arbeitsämter einzustellen, es sei denn, daß ein Unternehmer infolge dieser Aufträge sonst notwendige Arbeiterentlassungen unterläßt und seine Arbeiter trotz fehlender Aufträge im Dienst behält. Ferner sei eine Verordnung der Reichsregierung zu erwarten, wonach

für diese Aufträge nur inländische Rohstoffe verwendet werden dürfen.

Auf den Hinweis hin, daß die Verdienstspanne des Siemenskonzerns noch immer 40 pCt. betrage, und daß Siemens an andere Abnehmer um bis zu 40 pCt. billiger liefere, erklärte Staatssekretär Feysabend vom Reichspostministerium, die Reichspost gehe bei der Preisbildung von den Selbstkosten aus, zu denen 10 pCt. zugeschlagen würden. Dieses Verfahren habe sich seit 25 Jahren bewährt. Die Firmen — man wende sich nicht nur an eine Monopolfirma — gewährt der Reichspost Einblick in Betrieb und Bücher. Die Preise würden bei der am rationellsten arbeitenden Firma festgestellt. Diese Preise gelten dann für alle anderen Firmen auch. Die Aufträge für Selbstanschlußämter an die Firma Siemens & Halske seien seit 1927 stark zurückgegangen. Daß

Siemens an Frankreich ein solches Amt billiger liefert als an die Reichspost

habe die Firma der Reichspost loyal mitgeteilt. Die Gewinne der Firma seien nicht groß. Verschiedene andere Schwachstromfirmen seien sogar bereits notleidend. Mit dem Sinken der Rohstoffpreise sei auch der Preis für Kabel von 8,95 für ein Meter auf 4,45 gesunken. — Professor Dr. Salomon (Frankfurt a. M.) führte u. a. aus, der Fuld-Konzern in Frankfurt (Main) sei bereit, viel billiger zu liefern als andere Firmen, doch werde diese Firma aus dem Wettbewerb ausgeschaltet. Er empfahl eine Nachprüfung durch Unparteiische.

Wirtschaftsschau

Unkosten und Lagerumschlag im Textil-Einzelhandel

Der Reichsbund des Textil-Einzelhandels hat eine statistische Erhebung über die Unkosten und den Lagerumschlag im Textil-Einzelhandel im Jahre 1929 veranstaltet. Die Gesamtkosten, ohne Verzinsung des Eigenkapitals und ohne Berücksichtigung einer Entschädigung für den persönlich tätigen Unternehmer und seine nicht als Angestellte im Geschäft mitarbeitenden Familienmitglieder, bewegten sich in den Durchschnittssätzen für die verschiedenen Größenklassen der Betriebe zwischen 18,9 und 28,8 Prozent und stellten sich im Mittel auf 20,2 Prozent. Sie lagen damit um 1,1 Prozent über dem allgemeinen Durchschnitt des Jahres 1928. Auch in der Häufigkeit des Lagerumschlages ist nur eine geringfügige Änderung eingetreten; während im Jahre 1928 das Warenlager, berechnet nach dem Einstandswert am Schluß des Jahres, im Vergleich zum Bruttojahresumsatz 2,7mal umgeschlagen wurde, ergab die gleiche statistische Berechnung für das Jahr 1929 den Koeffizienten 2,8.

Guter Stand der Reben in Preußen

Auf Grund der Meldungen der Vorsteher der Weinbaugemeinden ergibt sich folgender Rebestand:

Anfang	Juli		Juni	
	Note	2,3	2,3	2,3
Rheingaugebiet	1,9	2,0	2,3	2,3
Uebrig. Rheingebiet	2,3	2,3	2,3	2,3
Nahegebiet	1,9	2,1	2,3	2,5
Mosel-, Saar- und Ruwer-Gebiet	2,3	2,5	2,3	2,5
Ahrgebiet	2,0	2,1	2,3	2,6
Alle übrigen Weinbaugebiete	2,3	2,6	2,3	2,6
Staat 1930	2,2	2,4	2,3	2,4
" 1929	2,8	3,0	2,3	2,4
" 1928	3,7	3,9	2,3	2,6
" 1927	2,8	2,6	2,3	2,6
" 1926	3,3	3,0	2,3	2,6

wobei 1 sehr gut bedeutet, wenn $\frac{1}{2}$ bis voller Herbst zu erwarten ist, 2 gut; $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Herbst, 3 mittel; $\frac{1}{2}$ Herbst, 4 gering; $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ Herbst und 5 sehr gering; weniger als $\frac{1}{2}$ Herbst. Danach wird der Herbst im Staatsdurchschnitt um 2 Punkte besser beurteilt als im Vormonat. Der Stand ist der Beste seit 9 Jahren.

Reichsbankausweis

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Juli hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um

Berliner Devisennotierungen

Geldkurse

	9.7.	8.7.		9.7.	8.7.
Buenos-Aires	1.594	1.592	Italien	21,93	21,94
Kanada	4.186	4.186	Jugoslawien	7,423	7,420
Japan	2.071	2.071	Katunus	41,81	41,81
Kairo	20,89	20,89	Kopenhagen	112,21	112,24
Konstantinopel	—	—	Lissabon	18,78	18,80
London	20,375	20,378	Oslo	112,19	112,19
New York	4,168	4,168	Paris	18,485	18,485
Rio de Janeiro	0,452	0,450	Prag	12,429	12,429
Amsterdam	3,568	3,568	Reykjavik	92,14	92,14
Uruguay	168,40	168,40	Riga	80,77	80,81
Atena	5,43	5,43	Schwiz	3,057	3,057
Brüssel	68,49	68,51	Sofia	49,12	48,92
Bukarest	2,489	2,489	Stockholm	112,50	112,58
Bondapost	73,33	73,33	Tallinn	111,44	111,43
Danzig	81,43	81,43	Wien	58,158	58,16
Helsingfors	10,539	10,543			

267,3 Millionen auf 1803,2 Millionen Reichsmark verringert. Die Entlastung hat sich also ungefähr im selben Rahmen gehalten wie am 6. Juni wo sie 275 Millionen betrug. Die Gesamtbelastung ist jedoch 168 Millionen geringer als zum gleichen Termin des Vormonats.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 282,8 Millionen Reichsmark in die Kassen der Reichsbank zurückgefließen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 193,4 auf 4492,0 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 93,4 Millionen auf 397,3 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 86,4 Millionen auf 3041,5 Millionen Reichsmark ermäßigt. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,9 Prozent in der Woche auf 58,8 Prozent, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 65,7 Prozent auf 67,7 Prozent.

*

Die letzte Generalversammlung der Holzverkohlungsindustrie A.-G., Konstanz. Die in Frankfurt a. M. abgehaltene G.-V. genehmigte ohne Erörterung den Fusionsvertrag mit der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Röbber. Zur Begründung wurde vom Vorsitzenden ausgeführt, daß die Liquidität der Hiag erheblich geringer als die der Scheideanstalt sei, und daß für die großen Aufgaben, die der Hiag bevorstünden, die Scheideanstalt finanziell besser gerüstet sei. In der G.-V. waren 20 Aktionäre mit 7,81 Mill. St.-A. und 10.000 V.-A. vertreten. Die 6proz. Dividende wurde einstimmig genehmigt. Für je 200 St.-A. und V.-A. der Hiag mit Dividendenbogen ab 1. April 1930 werden bekanntlich 200 St.-A. der Scheideanstalt mit halber Dividendenberechtigung für 1929/30 gewährt.

Warnung vor Weizenbau in U. S. A. Wie die „Times“ aus Washington meldet, haben die offiziellen Ratschläge an die Farmer, den Weizenbau einzuschränken, in den Farmerkreisen des Westens eine starke Mißstimmung hervorgerufen. Farm Board und Ackerbauamt warnen gemeinsam vor der Aussaat von Hart-Winterweizen in regenarmen Gegenden, da der Anbau infolge der steigenden Weltproduktion bei wahrscheinlich niedrigerer Preislage unlohnend ist.

Baumwollspinnerei Speyer. Nach dem Bericht hat sich die Lage noch verschärft, es ist zwar gelungen, die Produktion unterzubringen, doch haben die unbefriedigenden Preise die Erzielung eines Gewinnes verhindert. Nach 60.528 (29.085) Reichsmark Abschreibungen ist ein Verlust von 67.740 (29.748) Reichsmark entstanden, der sich in dem Vortrag auf 387.567 Reichsmark erhöhte. Die Generalversammlung beschloß, ihn wiederum auf neue Rechnung vorzutragen.

Im laufenden Jahr sind die Preise, obwohl sie eine kleine Besserung aufwiesen, wiederum unbefriedigend. Das Werk ist voll beschäftigt, auch noch für die nächsten drei Monate, so daß anzunehmen ist, daß das Ergebnis besser als im Vorjahr wird. Zum Generaldirektor des Werkes wurde Direktor Karl Feßmann vom Hammers-Konzern bestellt, er wird demnächst seine Tätigkeit aufnehmen.

Karlsruher Produktenbörse vom 9. Juli. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Es hat sich am Markt nichts Wesentliches ereignet. Die Stimmung bleibt ruhig, nur Futtermittel sind befestigt. In der hiesigen Gegend ist die Ernte im Gange. Es werden auch schon Muster in Sommer- und Wintergerste gezeigt. Preise haben sich noch nicht entwickelt. Süddeutscher Weizen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 80,50—80,75, deutscher Roggen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 17—17,25. Sortier-Futtergerste 17 bis 17,50, deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität 17,50, Weizenmehl, Mühlenforderung, Juli—August 44, Weizenmehl, Mühlenforderung, September—Oktober 42, Roggenmehl 60/65 Prozent je nach Fabrikat 25,25—26,75, Weizenbrotmehl (Futtermehl) je nach Fabrikat, prompt 9,50—10, Weizenkleie, fein, prompt 7,75—8,—, Weizenkleie, grob, prompt 8,25—8,50, Biertreiber je nach Qualität, prompt 9,25—9,75, Malzkeime, je nach Qualität 8,50—10,50, Trockenschrot, lose, je nach Fabrikat, Parität Karlsruhe 7,50—8,—, Erdnuckkuchen, lose, deutsche, prompte Lieferung 18,50—18,75, Kokoskuchen, je nach Fabrikat 18,50—14,—, Soya-schrot, süddeutsches Fabrikat 14—14,75, Leinwandmehl, je nach Fabrikat 18—18,50, Sesamkuchen 11,75 bis 12,50, Speisekartoffeln, neue Ernte 7—7,50.

Rauhfuttermittel: Loses Wiesenhheu, gut, gesund, trocken, neue Ernte 5,50—6,25, Rotkleehheu, gut, gesund, trocken, neue Ernte 6—6,50, Luzerne, gut, gesund, trocken, neue Ernte 5,—, Alles pro 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreiber und Malzkeime mit Getreide und Trockenschrot ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe, bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikation, Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten.

Weine und Spirituosen: Lage unverändert.

Börsen

Berlin, 9. Juli. Schon vormittags und an der Vorbörse nannte man leicht erhöhte Kurse, zumal die politische Lage wesentlich beruhigter beurteilt wurde, der günstige Abschluß der Reichspost befriedigte, und die gestern in New York eingetretene Erholung stimulierend wirkte. Andererseits mahnten die Meldungen von der Dividendenlosigkeit einiger Gesellschaften (z. B. Leonische Werke A.-G.) Verlautbarungen über angelegte Erwägungen einer Tarifierhöhung bei der Reichsbahn, die Verschlechterung der Absatzlage im rheinischen

Ein Schritt zur Rationalisierung der Landwirtschaft

Das neue Handelsklassen-Gesetz

Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung am 5. Juli das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Handelsklassen-Gesetz endgültig verabschiedet und dem Reichsrat zugeleitet.

In dem Gesetz ist für die Reichsregierung die Ermächtigung vorgesehen, mit Zustimmung des Reichsrats Bestimmungen über Handelsklassen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse einschließlich der Erzeugnisse des Garten- und Weinbaues, der Imkerei und der Fischerei zu erlassen, wodurch bestimmte Mindestforderungen an die Erzeugnisse der einzelnen Handelsklassen

festgelegt werden sollen. Unter diese Bestimmungen fallen auch die durch Be- und Verarbeitung gewonnenen Lebensmittel und Futtermittel. Der Gesetzentwurf sieht ferner vor, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates die Zugrundelegung der gesetzlichen Handelsklassen für die Preisnotierungen an den Börsen anordnet und die amtliche Preisfeststellung auf die gesetzlichen Handelsklassen beschränken kann. Ferner ist in dem neuen Handelsklassengesetz vorgesehen, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates auch Bestimmungen über die

Kennzeichnung der Ware und über einheitliche Verpackung und über die Mengeneinheiten, in denen die Waren im Groß- und Kleinhandel behandelt werden, erlassen kann. Vor Einführung gesetzlicher Handelsklassen sollen Sachverständige der beteiligten Wirtschaftskreise gehört werden. Die Kontrolle über die Einreihung der Waren in die gesetzlichen Handelsklassen soll durch Gutachterstellen erfolgen, die gemeinsam von den gesetzlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handel und Industrie zu verwalten sind. In einem besonderen Abschnitt wird der Regierung die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Reichsrates zur Erleichterung der Kreditbeschaffung Vorschriften über die

Ausgestaltung des Rechtes der Lagerscheine

zu erlassen. Endlich sind die in der Öffentlichkeit zum Teil mißdeuteten Bestimmungen enthalten über die der Reichsregierung zu gebende Ermächtigung, Zuckerfabriken und Kartoffeln verarbeitende Betriebe zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes zusammenzuschließen, sofern die Mehrheit der Betriebe diesem zustimmt. Außerdem sind in dem Entwurf noch die notwendigen Strafbestimmungen enthalten.

Braunkohlenbergbau und der stockende Elektrizitätsabsatz zur Zurückhaltung. Bei kleinem Geschäft ergaben sich allgemeine Kursgewinne bis zu 1 1/2 Prozent. Eine Reihe führender Werte besserten sich um ca. 2 Prozent. Silber über hinaus hatten Akkumulatoren und Zellstoff Waldhof Kursbesserungen bis zu 3 Prozent zu verzeichnen, während Salzdetfurth um 4 1/2 Prozent anstieg. Auch kleinere Einbußen waren zu verzeichnen, meist 1—2 Prozent, Vogel Telegraph 8 Prozent.

Im Verlaufe erhielt sich die freundliche Grundstimmung. Das Kursniveau hob sich um ca. 1 Prozent. Der Reichsbankausweis wurde als günstig angesehen. Anleihen freundlich, Ausländer uneinheitslich, Bosnier erneut 1 1/2 Prozent rückgängig, da die Nachrichten über den Vorvertrag verstimmt. Pfandbriefe und Reichsschuldbuchforderungen unverändert freundlich.

Frankfurt (Main), 9. Juli. An der Abendbörse herrschte zwar wieder weitgehendste Geschäftsstille. Die Haltung war jedoch eher etwas freundlicher, da die Kulisse verschiedentlich zu Deckungen schritt. J. G. Farben, Deutsche Erdöl und Gasföhrer lagen bis etwa 1 Prozent erhöht. Im übrigen blieben die Kurse gut behauptet, für Montanwerte und Reichsbahnvorzugsaktien bestand eher einiges Interesse. Die Anleihemärkte lagen gut gehalten. Der franz. Frank notierte 16,498.

Warenmärkte

Berliner Metallbörse vom 9. Juli. (Amtlich.) Elektrolytkupfer 114,75, Raffinadekupfer, loco 102—104, Standardkupfer, loco 95,50—97,50, Standard-Blei per Juli 85—35,75, Original-Hütten-Aluminium 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Bank-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl 138, Reinickel 350, Antimon-Regulus 48—50, Silber in Barren ca. 1000 fein per kg 46,75—48,75, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 5—7.

Berliner Produktenbörse vom 9. Juli. (Amtlich.) Weizen, märk. Juli 289, Sept. 258—258,50, Okt. 261,50—261, Roggen, märk. 172—177, Juli 167—167,50, Sept. 173,50—174, Okt. 178,50, Industrie- und Futtergerste 180—190, Hafer, märk. 158—165, Juli 172,50, Sept. 174,50, Okt. 176,75, Weizenmehl 32,50—40,50, Roggenmehl 22,75—25, Weizenkleie 10—10,50, Roggenkleie 9,50 bis 10,25, Viktoriarbisen 22—29, Kleine Speiseerbsen 21—25, Futtererbsen 18—19, Peluschken 19—20, Ackerbohnen 17 bis 18,50, Wicken 19,50—22, Lupinen, blaue 19—20, Lupinen, gelbe 23—24,50, Rapskuchen 10,60—11,60, Leinkuchen 15,80—16,50, Trockenschrot 8—9, Soyaextraktionsschrot 13,80—14,80, Allg. Tendenz: freundlicher.

Berliner Effektenkurse

	9.7.	8.7.		9.7.	8.7.
Ablösg. m. Aust. kl.	58,90	60,00	Deutsche Linoleum	9,7	8,7
Ablösg. ohne Aust.	8,30	8,50	Dyckerhoff & W.	195,25	195,00
6% Reichsanleihe	—	80,90	Elektr. Licht u. Kraft	88,00	88,00
6% B.Staatsanl. v. 27.	83,00	83,00	Elektr. Lieferungen	144,50	144,50
Hapag	97 1/2	97,00	Eschweiler Bergwerk	139,50	139,00
Hamburg-Südamerika	—	154,00	Farbenindustrie	214,00	214,00
Hansa Dampfsch.	129,00	129,75	Feldmühle	148,25	145,00
Nordd. Lloyd	87 1/2	87,50	Felten & Guilleaume	107 1/2	107 1/2
Danabank	199,50	199,00	Genschow & Co.	87,50	86,00
Deutsche Bk.-Diskonto	139,00	139,00	Gelsenkirchen	124 1/2	124,50
Dresdner Bank	130,00	130,00	Gesfürl	148,00	143,00
Metalbank	113,75	113,25	Griener	169,00	169,00
Reichsbank	255,25	254,50	Grün & Biffinger	31,25	31,00
Akkumulatoren	129,50	127,00	Harpener	87,75	85,00
A. E. G.	149,75	149,00	Hirsch Kupfer	131,00	132,00
Achsaffenberg, Papier	103,50	100,25	Holzmann	87,75	85,00
Augsburg-Nürnberg	77 1/2	77,50	Hösch Eisen	94,00	92,50
Bemberg	97,50	95,00	Max Jüdel	112,00	111,50
Berger Tiefbau	300,00	300,00	Gebr. Jungblaus	37,00	38,00
Berlin-Karlsruher	65,25	65,00	Kali Aschersleben	190,50	197,25
Brown-Boveri	116,00	116,00	Karstadt	101,75	101,50
Budener	71,50	71,50	Knoor Helibronn	175,50	175,50
Charlottenbg.-Wasser	100,00	99,80	Kollmar & Jourdan	2 1/2	29,25
Daimler	31,25	31,25	Lehmeyer	160,00	160,00
Dessauer Gas	145,75	145,50	Laurschütte	40,25	40,25
Deutsche Erdöl	85,00	84,75	Lindes Eismaschinen	182,25	181,50
Deutsche Petroleum	51,50	51,50	Mannesmann	81,75	82,00
			Mechanische Linden	71,00	70,00
			Miag Mühlbau	87,50	89,00
			Motoren Deutz	88,00	88,00

	9.7.	8.7.		9.7.	8.7.
Nordd. Wollw.	75,00	76,00	Ver. Glanzstoff	118,00	120,00
Oberbedarf	57,00	54,25	Ver. Stahlw.	85,25	84,75
Oberkoka	82,00	81 1/2	Voigt & Häfner	147,50	147,50
Orenstein	85 1/2	85 1/2	Wanderer	40,00	41,00
Ostwerke	231,00	229,00	Ways & Freitag	74,50	75,00
Phönix	85,75	85,00	Westeregeln	204,80	201,50
Polyphon	222,00	220,00	Wieslocher Ton	—	—
Rhein. Braunkohle	219,00	218,00	Zellstoff Waldhof	142,00	138,50
Rhein Stahl	105,75	99,75	Bayr. Motoren	72,00	53,00
Rb. W. Elektr.	170,50	170,00	Rhein-Elektra	140,50	141,75
Riebeck Montan	100 1/2	98,75			
Schubert & Salzer	230,50	199,50			
Schuckert	133,00	144,50			
Schuldt, Patzenh.	235,00	284,00			
Siemens & Halske	212,00	207,00			
Sinner	102,75	102,50			
Stolberger Zink	79,75	82,25			
Stöhr Kammgarn	39,75	39 1/2			
Südd. Zucker	158,50	158,50			
Svenska	308,00	308,00			
Ver. Dt. Nickel	142,50	142,50			
Ver. Glanzstoff	118,00	120,00			
Ver. Stahlw.	85,25	84,75			
Voigt & Häfner	147,50	147,50			
Wanderer	40,00	41,00			
Ways & Freitag	74,50	75,00			
Westeregeln	204,80	201,50			
Wieslocher Ton	—	—			
Zellstoff Waldhof	142,00	138,50			
Bayr. Motoren	72,00	53,00			
Rhein-Elektra	140,50	141,75			

